

Geldwäschebekämpfung in einigen Ländern Europas

Bei der Umsetzung der Geldwäscherichtlinie hat sich die deutsche Bundesregierung, ebenso wie beispielsweise Belgien und Frankreich, dazu entschlossen, die Regelungen in ein Sondergesetz zu integrieren und von der Möglichkeit der Verankerung im Kreditwesengesetz abgesehen.¹ Anders wird das z.B. in Luxemburg und Österreich gehandhabt, dort sind die Regelungen im Bankaufsichtsrecht fixiert.

In den USA, aus denen der Begriff der Geldwäscherei – des *money laundering* – stammt, wurde sie erstmals unter der ausdrücklichen Bezeichnung des *money laundering* im Jahre 1986 im 18 U.S.C. §§ 1956 und 1957 unter Strafe gestellt. § 1956 trägt die Überschrift "Laundering of monetary instruments" und § 1957 ist übertitelt "Engaging in monetary transactions in property derived from specified unlawful activity". Im Jahre 1988 wurden weitere Ergänzungen vorgenommen.²

Gleichwohl waren diese Gesetze nicht der Beginn des Kampfes gegen die Geldwäscherei, vielmehr stellten sie nur einen Teil und den Höhepunkt einer Gesamtkonzeption dar, die wie folgt aussieht: Seit jeher war das Waschen von Geldern in den USA nach den allgemeinen Strafgesetzen in gewissem Umfang strafbar, vor allem der "Conspiracy"-Tatbestand, 19 U.S.C. § 371, Verabredung zur Begehung einer Straftat, kommt hier zur Anwendung. Hierhin fließen nach deutschem Verständnis unter anderem Elemente der kriminellen Vereinigung und der Steuerhinterziehung zusammen.³

Der eigentliche Kampf gegen die Geldwäscherei wurde in den USA zu Beginn der achtziger Jahre aufgenommen, als man den Gedanken einer Papierspur, die ein Nachvollziehen von Vermögenstransfers ermöglicht, zu neuem Leben erweckte. Bis dahin wurde das Ausforschen von Vermögen einer Person erst relevant, nachdem diese Person in Tatverdacht geraten war, um deren Vermögen beschlagnahmen oder konfiszieren zu können. Nun ging man daran, das Prinzip umzudrehen.⁴

Großbritannien war einer der ersten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, der Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche eingeführt hat, doch waren die ersten Schritte mit Verabschiedung des Drug Trafficking Offences Act 1986 zunächst auf den

¹ Dazu FÜLBIER, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht 1990, 2025, 2031 ff.

² FORTHAUSER, ROMAN: *Geldwäscherei de lege lata et ferenda*. München 1992, S. 98 f.

³ FORTHAUSER. a.a.O., S. 99.

⁴ FORTHAUSER: a.a.O., S. 99.

strafrechtlichen Bereich beschränkt.⁵ Frankreich war dann der erste Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft, der Bestimmungen zur Bekämpfung der Geldwäsche in Anlehnung an die Entwicklung auf EG-Ebene in Kraft gesetzt hat.⁶

Eine dem § 261 Abs. 10 StGB vergleichbare Regelung – also Strafbefreiung bzw. Strafmilderung unter bestimmten Voraussetzungen – ist auch in den österreichischen Bestimmungen zu finden. Im folgenden soll am Beispiel der Schweiz, Luxemburgs, Österreichs und Ungarns dargestellt werden, wie die Geldwäschebekämpfung in anderen Ländern organisiert wurde und inwieweit es Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur deutschen Regelung gibt.

I. Schweiz

Die Schweiz ist ein wichtiges internationales Finanzzentrum, dessen Banken im Verhältnis zur Größe des Landes weit überdurchschnittlich am Weltfinanzmarkt partizipieren. Sie ist ein Zentrum der Vermögensverwaltung, und damit verdienen die Banken gut. Von den verwalteten Auslandsvermögen von 3200 bis 4000 Milliarden Dollar sind schätzungsweise 40 % in der Schweiz angelegt. Ein Grund dafür ist das Bankgeheimnis, das ausländischen Steuerfahndern den Blick auf Bankkonten und Depots verwehrt.⁷

Als traditionelles Fluchtgeldland – bereits im zweiten Weltkrieg sind der Schweiz in größerem Umfang Fluchtgelder zugeflossen – wird die Schweiz schon wesentlich länger als die Bundesrepublik mit dem Vorwurf konfrontiert, illegal erwirtschafteten Vermögenswerten zu leichten Unterschluß zu bieten. Neben der Bedeutung als Finanzmarkt hat auch das strafrechtlich geschützte Bankgeheimnis dazu beigetragen, das Land zu einer internationalen Drehscheibe für Geldwäsche werden zu lassen. Bei den aufgedeckten Geldwäschefällen war von 1996 auf 1997 eine drastische Steigerung um 200 Prozent zu beobachten.⁸

Auf amerikanischen Druck hin wurden seit Ende der achtziger Jahre enorme Anstrengungen unternommen, um dem Ruf als Geldwäschehochburg entgegenzuwirken.⁹ Lokal konzentrieren sich die internationalen Geldwäscheaktivitäten in der Schweiz auf die großen Finanzplätze Zürich, Genf und Tessin. Allein im Kanton Zürich hatten die Strafverfolgungsbehörden aufgrund Geldwäscheverdachts Anfang der neunziger Jahre Bankguthaben in Höhe von etwa 500 Mio. Schweizer Franken blockiert.¹⁰

Am 23.3.1990 wurde das Strafgesetzbuch um zwei Strafbestimmungen erweitert, die die Geldwäsche und die Mißachtung von beruflichen Sorgfaltspflichten bei der Vornahme von Finanztransaktionen unter Strafe stellten. Die strafrechtlichen Bestimmungen, die zum 1.8.1994 verschärft wurden, begründeten unter anderem das

⁵ FÜLBIER, in: FÜLBIER, ANDREAS/AEPFELBACH, ROLF R.: *GwG. Kommentar zum Geldwäschegesetz*. Länderbericht Großbritannien, Rz. 1.

⁶ FÜLBIER, in: Fülber / Aepfelbach, GwG, Länderbericht Frankreich, Rz. 1.

⁷ Berliner Morgenpost vom 2.4.1998.

⁸ Berliner Morgenpost vom 2.4.1998.

⁹ ACKERMANN, JÜRG-BEAT: *Geldwäscherei – Money Laundering*. Eine vergleichende Darstellung des Rechts und der Erscheinungsformen in den USA und der Schweiz. Zürich 1992, S. 198 ff.

¹⁰ WERNER, GERHARD: *Bekämpfung der Geldwäsche in der Kreditwirtschaft*. Freiburg 1996, S. 267 f.

Melderecht des Financiers bei einem Geldwäscheverdacht. Am 10.10.1997 verabschiedete das schweizerische Parlament mit dem Bundesgesetz zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Finanzsektor (GwG) ein Gesetz, das sich im wesentlichen an die EG-Geldwäscherichtlinie anlehnt. Durch Ergänzung der strafrechtlichen Bestimmungen schafft das Gesetz, das zum 1. April 1998 in Kraft trat, unter anderem eine Meldepflicht sowie eine Verpflichtung aller Finanzintermediäre zur Einhaltung eines Mindeststandards an Sorgfaltspflichten.¹¹ Das Gesetz ist zum 1.4.1998 in Kraft getreten.

In der Schweizer Finanzindustrie artikuliert sich Unbehagen über das neue Gesetz. Das Bankgeheimnis werde durch die verschärften Geldwäsche-Vorschriften mehr und mehr ausgehöhlt, lautet die Kritik, die vornehmlich auf dem von kleinen verschwiegene Privatbanken geprägten Finanzplatz Genf zu hören ist. Die Zürcher Großbanken scheinen dagegen weniger Mühe mit den neuen Regeln zu haben. Für andere Kritiker hat das Gesetz viele Schwachstellen. "Kein großer Wurf", urteilt zum Beispiel Christof Müller, ein ehemaliger Wirtschaftskriminalistik-Dozent der Universität St. Gallen, der vor allem kritisiert, daß die staatliche Kontrolle gerade im Parabankensektor (Treuhänder, Vermögensverwalter) nicht weit genug gehe.¹²

Das neue Geldwäschereigesetz bildet einen Bestandteil des Gewerberechts für Finanzintermediäre. Dazu zählen nach Art. 2 GwG zum einen Banken-Effektenhändler sowie bestimmte Anlagefonds und Versicherungen, die ohnehin einer behördlichen Aufsicht unterstehen. Zum anderen gehören dazu Parabanken, also Unternehmen, die bestimmte banktypische oder bankähnliche Dienste erbringen, wie z.B. Wechselstuben, Geldhändler, Vermögensverwalter, Anlageberater und die PTT (Post, Telefon und Telekommunikation). Über den Begriff Vermögensverwalter werden auch Rechtsanwälte und Notare erfaßt, sofern sie als Verwalter von Vermögen tätig sind.

Hinsichtlich der Sorgfaltspflichten werden in Art. 3 bis 11 GwG lediglich Grundsätze vorgegeben, deren Umsetzung der branchenbezogenen Selbstregulierung unterworfen ist. Die Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken erfüllt diese Grundsätze. Die Aufsicht über die Einhaltung der Mindeststandards obliegt bei Banken, Fondsleitungen, Versicherungen und Effektenhändlern der spezialgesetzlichen Aufsichtsbehörde wie z.B. der Eidgenössischen Bankenkommission. Diese hat die Sorgfaltspflichten zu konkretisieren, soweit dies nicht bereits durch eine Selbstregulierungsorganisation geschehen ist wie im Fall der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (Bankiervereinigung), Art. 16 GwG.

Die nach den Umständen gebotene berufliche Sorgfalt wird zum einen durch branchenbezogene Selbstregulierung, zum anderen durch Richtlinien der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) konkretisiert. Bei der Selbstregulierungsmaßnahme handelt es sich um die freiwillig von allen Banken abgeschlossene Vereinbarung über Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB) bei der Entgegennahme von Geldern und über die Handhabung des Bankgeheimnisses vom 1.10.1987.¹³ Diese Vereinbarung ist zum 1.7.1992 weitgehend überarbeitet worden, um Regelungen zur

¹¹ FÜLBIER, in: Fülbi / Aepfelbach, GwG, Länderbericht Schweiz Rz. 2.

¹² Berliner Morgenpost 2.4.1998.

¹³ MÜLLER, CHRISTOPH: *Geldwäscherei: Motive – Formen – Abwehr*. Eine betriebswirtschaftliche Analyse. Wintherthur 1992, S. 159.

Bekämpfung der Geldwäsche aufzunehmen. Diese erweiterte Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken gilt seit dem 1.10.1992.

Bis zum 1.4.1998 – also dem Inkrafttreten des Geldwäschegesetzes – verkörperte sie zusammen mit den Richtlinien der eidgenössischen Bankenkommission das Gewerberecht zur Geldwäschebekämpfung. Am 28.1.1998 wurde die Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken nahezu zeitgleich mit Inkrafttreten des Geldwäschegesetzes aktualisiert. Die neue Fassung wurde zum 1.7.1998 wirksam.

Alle schweizerischen Banken haben sich durch Unterzeichnung der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken gegenüber der Bankiervereinigung freiwillig unter anderem dazu verpflichtet, ihre Vertragspartner zu identifizieren, in Zweifelsfällen eine Erklärung des Vertragsspartners über den an den deponierten Werten wirtschaftlich Berechtigten einzuholen und keine aktive Beihilfe zur Kapitalflucht, zur Steuerhinterziehung oder dergleichen zu leisten.

Nicht ganz eindeutig ist der Rechtscharakter der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken. Nach zutreffender Auffassung handelt es sich schlicht um einen privatrechtlichen Vertrag. Dafür spricht die privatrechtliche Form der Anerkennung durch Unterzeichnung, die Freiwilligkeit des Beitritts und das Kündigungsrecht jeder einzelnen Bank aus Art. 14 Abs. 2 BSV. Daran dürfte sich auch nach Einführung des Geldwäschegesetzes und der Verpflichtung zu Selbstregulierungsmaßnahmen nichts geändert haben. Die Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken lehnt sich an die entsprechenden Bestimmungen der Europäischen Union an. Die Regelungen als solche werden streng überwacht. Zuständig dafür ist eine eigens zu diesem Zweck geschaffene Aufsichtskommission. Nach Art. 12 VSB ist diese für die Aufklärung und Ahndung von Verstößen zuständig. Sie erstellt regelmäßig Tätigkeitsberichte, aus denen unter anderem Klarstellungen zu Zweifelsfragen und Angaben zu Sanktionen hervorgehen.

Darüber hinaus sind die schweizerischen Banken und andere Finanzintermediäre qua Aufsichtsrecht durch die Richtlinien der Eidgenössischen Bankenkommission zur Bekämpfung und Verhinderung der Geldwäscherei in die Pflicht genommen. Die erste Fassung stammt vom 18.12.1991. Sie wurden zum 1.5.1992 wirksam. Mit Inkrafttreten des Geldwäschegesetzes wurden diese überarbeitet. Seit dem 1.7.1998 gelten die Richtlinien vom 26.3.1998 nicht nur für Banken, sondern auch für Finanzintermediäre.¹⁴

Die Richtlinien sollen die für diese Unternehmen geltenden Anforderungen aus dem Geldwäschegesetz präzisieren, die Begriffe "einwandfreie Geschäftstätigkeit", "angemessene Verwaltungsorganisation" und den "guten Ruf der geschäftsführenden Personen" i.S.d. Art. 3 Abs. 2 Buchst. a) und c) des Bankgesetzes mit Blick auf die Bekämpfung der Geldwäsche festlegen, der Auslegung der schweizerischen Strafbestimmungen dienen und internationalen Empfehlungen Rechnung tragen.

Bei anderen Finanzintermediären ist dafür gemäß Art. 24 bis 28 GwG eine Selbstregulierungsorganisation oder gemäß Art. 13 GwG die Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei (eidgenössische Finanzverwaltung) zuständig. Die Kontrollstelle überwacht die Selbstregulierungsorganisation. Sie kann ihr nach Art. 18

¹⁴ FÜLBIER, in: Fülbier / Aepfelbach, GwG, Länderbericht Schweiz, Rz. 14.

Abs. 2 GwG die Anerkennung versagen oder eine erteilte Anerkennung wieder entziehen. Art. 18 Abs. 2 GwG gibt der Kontrollstelle das Recht, Prüfungen bei einzelnen Instituten vorzunehmen. Zudem hat die Stelle aus Art. 21 GwG eine eigene Verdachtsanzeigepflicht.

Die Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken genügen dabei teilweise nicht den strengeren Anforderungen des Geldwäschegesetzes. Der Gesetzgeber duldet diese Abweichungen und trägt damit zur Aufweichung der strengen Regelungen des Gesetzes bei.

Nach den Richtlinien der Eidgenössischen Bankenkommission sind alle Angestellten mit Kundenkontakt über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche zu schulen. Es ist eine "Geldwäscherei-Fachstelle" einzurichten. Diese Funktion kann auch auf Externe übertragen werden, z.B. die Muttergesellschaft oder die Fachstelle eines Verbandes.

1. Das schweizerische Geldwäschegesetz

Die Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken haben dem Gesetzgeber als Vorlage für seine Grundsätze für Sorgfaltspflichten gedient.¹⁵ Dennoch ist es in einzelnen Punkten zu Abweichungen gekommen.

a) Identifizierungspflicht

Die Identifizierungspflichten sind in Art. 3 GwG geregelt. Für Schweizer Banken ist die Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken einschlägig. Diese gelten auch für die PTT (Post, Telefon und Telekommunikation), die sich freiwillig der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken unterstellt hat. Im Fall der PTT hat dies erhebliche Verstöße gegen die Sorgfaltspflichten nicht verhindern können. Untersuchungen aus dem Jahre 1992 hatten ergeben, daß über einzelne Postscheckkonten riesige Tagesumsätze abgewickelt wurden, obwohl ein Verdacht auf Herkunft der Gelder aus Drogengeschäften bestanden haben soll. Es ging um einen in der Schweiz tätigen Drogenhändler, der bedeutende Beträge von einem Postscheckkonto auf ein Bankkonto nach Ankara überwiesen hatte. Bei der vorausgegangenen Einzahlung auf das Postscheckkonto wurden weder der Name des Einzahlers noch der des wirtschaftlich Berechtigten festgehalten. Die Identifizierungspflicht entfällt bei Transaktionen mit Finanzintermediären.

Nach Art. 3 GwG ist der Finanzintermediär verpflichtet, bei Aufnahme einer Geschäftsbeziehung den Vertragspartner anhand eines beweiskräftigen Dokuments zu identifizieren. Nach Art. 2 VSB kann teilweise auf das beweiskräftige Dokument verzichtet werden. Die Pflicht zur Identifizierung gilt unabhängig davon, ob es sich um ein Namens- oder Nummernkonto handelt, unter anderem bei Eröffnung von Konten und Depots, der Vornahme von Treuhandgeschäften, der Vermietung von Schrankfächern, der Annahme von Aufträgen zur Verwaltung von Vermögen, die bei Dritten

¹⁵ Deutsches Bundesgesetz zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Finanzsektor. Botschaft des Bundesrates, BB1. 1996 III, 1101, S. 14.

liegen, der Ausführung von Handelsgeschäften über Effekten, Devisen und Edelmetallen von mehr als 25.000 SFR, Kassageschäften über erhebliche Beträge (nach Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken: mehr als 25.000 SFR) sowie Abschluß von Lebensversicherungsverträgen.

Unter Kassageschäften sind nach Rz. 6 VSB Bargeschäfte am Schalter zu verstehen wie Geldwechsel, Kauf und Verkauf von Edelmetall, Barzeichnung von Kassa- und Anleiheobligationen, Barverkauf von Traveller-Schecks, Bareinlösung von Schecks. Ein Kassageschäft liegt nicht vor, wenn Bartransaktionen über bestehende Kundenkonten abgewickelt werden, selbst wenn die Transaktion nicht vom Kontoinhaber selbst vorgenommen wird. Diese Handhabung ist nach den Vorgaben der EG-Geldwäschrichtlinie zulässig. Die Identifizierungspflicht greift auch beim "Smurfing" und bei Verdachtsfällen (Art. 3,4 GwG, Rz. 7 VSB).

Nach Art. 3 GwG sind natürliche Personen mittels eines beweiskräftigen Dokuments zu identifizieren. Diese Vorgabe war in der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken 1992 durch zahlreiche Ausnahmen durch-ülöchert. Diese Ausnahmen wurden mit der Änderung zum 1.7.1998 weitestgehend beseitigt. (Rz. 10, 14 F. VSB). Die Legitimationsprüfung kann die Bank durch Beauftragte vornehmen lassen, wenn der Kunde seinen Wohnsitz oder Sitz im Ausland hat (Rz. 14 VSB). Die Lücken, die die Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken 1992 enthielten, waren sehr kritisch zu sehen.¹⁶

b) Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten

Die Identität des wirtschaftlich Berechtigten ist nach Art. 4 GwG, der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken und den Richtlinien der Eidgenössischen Bankenkommission vom 26.3.1998 nach den Angaben des Kunden bei allen Identifizierungsfällen festzustellen, wenn Zweifel bestehen, ob der Vertragspartner mit dem wirtschaftlich Berechtigten identisch ist oder dies feststeht, bei Kassageschäften von erheblichen Beträgen¹⁷ und bei Sitzgesellschaften, d.h. bei Unternehmen ohne eigenes Personal und Geschäftsräumen, z.B. die Begünstigten von Stiftungen und Trusts.

In diesen Fällen hat der Vertragspartner den wirtschaftlich Berechtigten mit Namen, Vornamen, Wohnadresse, Firma, Domiziladresse und Domizilstaat anzugeben. Bestehen ernsthafte Zweifel an der Richtigkeit dieser Erklärung, muß die Bank nach Rz. 21 VSB die Durchführung des Treuhand- oder Kassageschäfts ablehnen. Nach Art. 4 Abs. 2 GwG muß bei Sammelkonten oder Sammeldepots verlangt werden, daß die Vertragspartei eine vollständige Liste der wirtschaftlich Berechtigten beibringt und jede Änderung der Liste unverzüglich meldet. Eine Sitzgesellschaft kann nie selbst wirtschaftlich Berechtigter sein. Wirtschaftlich Berechtigter ist die natürliche oder juristische Person, die sie beherrscht, wobei es sich bei der juristischen Person um ein Unternehmen handeln muß, das ein nach kaufmännischer Weise geführtes Gewerbe betreibt.

¹⁶ ZUBERBÜHLER, DANIEL: *Bankenaufsicht und Geldwäschereigesetz*, in: Trechsel (Hrsg.): *Geldwäscherei* 1997, S. 91 ff., 112.

¹⁷ Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken: über 25000 SFR, vor Rz. 18 VSB).

Die Verpflichtung zur Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten besteht nicht gegenüber Finanzintermediären (Rz. 26 VSB). Bei in der Schweiz zugelassenen Rechtsanwälten oder Notaren, die Konten im Namen und für Rechnung von Klienten eröffnen, kann die Pflicht entfallen, sofern diese gegenüber der Bank die Erklärung nach Formular "R" abgeben. (Rz 38 f. VSB). Von dem Formular "R" kann nur unter ganz bestimmten, engen Voraussetzungen Gebrauch gemacht werden. Dies gilt z.B. dann, wenn der Rechtsanwalt für einen Mandanten Gerichtskostenvorschüsse über sein Konto laufen läßt und anlegt, oder die Geldeinlage einer Hinterlegung in einer zivilrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Angelegenheit vor ordentlichen Gerichten oder Schiedsgerichten dient.

Die früher übliche Praxis, daß der Mandant eines Rechtsanwalts seine Identität hinter dem "Berufsgeheimnisträger" auch im Falle der reinen Vermögensverwaltung verstecken konnte, ist entfallen. In seiner Entscheidung vom 29.12.1986¹⁸ hat das Schweizer Bundesgericht festgestellt, daß der Anwalt nicht unter Berufung auf sein Berufsgeheimnis aus Art. 321 StGB Auskünfte über vertrauliche Tatsachen verweigern darf, die er im Zusammenhang mit einer Tätigkeit erfahren hat, die sich in einer bloßen Vermögensverwaltung oder Geldanlage erschöpft.

c) Aufklärungspflicht

Bei ungewöhnlichen Bargeschäften und in Verdachtsfällen sind Finanzintermediäre nach Art. 6 GWG und Rz. 21 ff. Richtlinien EBK verpflichtet, Zweck und Art der Transaktion sowie Herkunft des Vermögenswerts sowie berufliche oder geschäftliche Tätigkeit des Vertragspartners festzustellen. Eine Abklärung ist nach Rz. 21 Richtlinien EBK insbesondere dann vorzunehmen, wenn ein Kunde oder ein Dritter bei Aufnahme der Geschäftsbeziehung mit der Bank Banknoten, Inhaberpapiere oder Edelmetalle zur Gutschrift auf sein Konto oder Depot einliefert oder zu Lasten dieses Kontos oder Depots zurückzieht und die Höhe einzelner Transaktionen oder die Anzahl der Transaktionen aufgrund der bekannten Geschäftstätigkeit und den bekannten finanziellen Verhältnissen der Kunden als ungewöhnlich hoch erscheint; die Finanzintermediäre legen in ihren internen Weisungen die Betragsgrenzen fest, ab welchen Abklärungen obligatorisch sind. Prüfungen sind auch vorzunehmen, wenn der Finanzintermediär auf Anhaltspunkte für Geldwäscherei gemäß Anhang zu diesen Richtlinien aufmerksam wird oder er aufgrund anderer Anhaltspunkte Verdacht schöpft, daß die Vermögenswerte aus einem Verbrechen herrühren oder der Verfügungsmacht einer kriminellen Organisation unterliegen. Liegt ein qualifizierter Anhaltspunkt im Sinne von Ziffer IV des Anhangs der Richtlinien der Eidgenössischen Bankenkommission vor, sind in jedem Fall besondere Abklärungen zu treffen.

Der Finanzintermediär hat in den genannten Fällen diejenigen Informationen zu beschaffen und auf ihre Plausibilität zu überprüfen, die ihm eine ausreichende Beurteilung der Hintergründe der Transaktionen erlauben. Er hat zu diesem Zweck entweder eine schriftliche Erklärung des Vertragspartners einzufordern oder er erstellt eine Aktennotiz, in welcher er das Resultat seiner Abklärungen festhält. Je nach den Umständen des Einzelfalles sind grundsätzlich Angaben über Zweck und Art einer

¹⁸ BG vom 29.12.1986, BGE 112Ib (1986) 606.

bestimmten Transaktion, über finanzielle Verhältnisse des Vertragspartners bzw. des wirtschaftlich Berechtigten, über berufliche oder geschäftliche Tätigkeit des Vertragspartners bzw. des wirtschaftlich Berechtigten und über Herkunft der deponierten oder der investierten Vermögenswerte erforderlich.

d) Aufzeichnung und Aufbewahrung

Die erstellten Unterlagen über die Identifizierung – festgestellte Angaben und Fotokopien der Ausweise, Rz. 8 VSB – sind nach Art. 7 Abs. 3 GwG zehn Jahre ab Beendigung der Geschäftsverbindung aufzubewahren. Das gilt auch dann, wenn der Kunde persönlich bekannt ist. In diesem Fall ist nach Rz. 8 VSB der Mitarbeiter anzugeben, der die Identifizierung vorgenommen hat. Die Aufzeichnungen sollen fachkundigen Dritten ein zuverlässiges Urteil über die Transaktionen und die Geschäftsbeziehungen und die Einhaltung der Bestimmungen erlauben. Ein Verstoß gegen diese Verpflichtung ist eine Straftat, die sogar den Entzug der Banklizenz zur Folge haben kann. Nach Rz. 37 f. der Richtlinien der EBK hat der Finanzintermediär ein zentrales Register zu führen, das Auskunft über alle Vertragspartner, wirtschaftlich Berechtigten und Bevollmächtigten geben muß.

e) Melderecht und Meldepflicht

Am 1.8.1994 wurde mit Gesetz zur Änderung des schweizerischen Strafgesetzbuches erstmals ein Melderecht durch Ergänzung des Art. 305ter StGB geschaffen. Das Bundesgesetz zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Finanzsektor vom 10.10.1997 hat das Melderecht mit Wirkung vom 1.4.1998 um eine Meldepflicht für verdächtige Geschäfte erweitert. Die Verhaltenspflichten der Finanzintermediäre sind ergänzend in Rz. 31 bis 24 Richtlinien EBK beschrieben.

Bis zum 1.8.1994 hätte der Banker eine Bestrafung wegen Verletzung des strafrechtlich geschützten Bankgeheimnisses zu gewärtigen gehabt, wenn er die Behörden über eine solche Transaktion unterrichtet hätte. Nach Auffassung der Eidgenössischen Bankenkommission sollte eine gutgläubige Anzeige demgegenüber zulässig gewesen sein, weil es einen Rechtfertigungsgrund für dessen Verletzung gegeben habe. Bei dem Rechtfertigungsgrund soll es sich um die Wahrnehmung berechtigter Interessen und Notstand gehandelt haben.¹⁹ Die Eidgenössische Bankenkommission räumte allerdings ein, daß die Rechtslage nicht zweifelsfrei geklärt sei. Sie wies auch auf das Risiko etwaiger Schadensersatzansprüche des Kunden hin.²⁰

Das Melderecht bildet nun unstreitig einen Rechtfertigungsgrund für die Verletzung des Bankgeheimnisses, Art. 305ter Abs. 2 StGB. Über das Melderecht hatte es zwischen den Banken und der Bundesanwaltschaft Streit gegeben, weil die Banken nicht von ihrem Melderecht nach Art. 305ter Abs. 2 StGB Gebrauch gemacht haben sollen.²¹

Die Meldepflicht greift nach Art. 9 Abs. 1 GwG dann ein, wenn der Financier weiß oder den begründeten Verdacht hat, die Vermögenswerte stünden im Zusammenhang

¹⁹ EBK, Rundschreiben v. 18.12.1991, Nr. 91/3, Rz. 23 Fußn. 5.

²⁰ Rz 23 Richtlinien EBK 91/3 vom 18.12.1991.

²¹ Handelsblatt vom 8.12.1994, S. 33.

mit einer Geldwäsche oder einer tauglichen Vortat. Anhaltspunkte für Geldwäsche, die im Anhang der Richtlinien der Eidgenössischen Bankenkommission abgedruckt sind, sollen die Feststellung verdächtiger Geschäfte erleichtern. Wurde eine Anzeige erstattet, müssen die betroffenen Gelder nach Art. 10 GwG fünf Werktage gesperrt werden (Vermögenssperre), um Instruktionen der Strafverfolgungsbehörden abzuwarten. Nach Fristablauf oder nach vorheriger Freigabe durch die Meldestelle kann über die Gelder verfügt werden. Die Frist von fünf Tagen ist unangemessen lang und vereitelt von vornherein den Erfolg der Ermittlungen. Dem Kunden wird eine Verzögerung um fünf Tage kaum plausibel erklärt werden können, so daß sie den wahren Geldwäscher warnt.

Art. 9 Abs. 2 GwG bestimmt, daß der betroffene Kunde oder Dritte während dieser Zeit nicht über die Abgabe der Anzeige informiert werden dürfen. Die Bankenkommission ist nach eigener Einschätzung nicht Dritter im Sinne der Vorschrift, Rz 34 Richtlinien EBK. Die Meldung ist nach Art. 23 des GwG der Zentralstelle zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens zuzuleiten. Diese Meldestelle prüft die Meldung und erstattet bei begründetem Verdacht auf Geldwäsche ihrerseits Anzeige bei den zuständigen Strafverfolgungsbehörden.

Der Finanzintermediär kann für die Meldung und eine damit zusammenhängende Vermögenssperre nicht wegen Verletzung des Amts-, Berufs- oder Geschäftsgeheimnisses belangt werden, wenn er mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt vorgegangen ist. Dieser Straf- und Haftungsausschluß ist in Art. 11 GwG enthalten. Das Risiko der fehlerhaften Auslegung der Vorschrift und der naturgemäß subjektiven Interpretation von Verdachtsmomenten trägt damit der Banker.

Die Regelung ermutigt nicht gerade zur Erstattung einer Meldung und legt dem Financier die Beweislast für angemessen angewandte Sorgfalt auf. Damit trägt die Vorschrift nicht im notwendigen Umfang zur Geldwäschebekämpfung bei. Vielmehr setzt sie den eigentlich unbeteiligten Finanzintermediär bei Ausübung seines Berufs einer Bestrafung wegen unterlassener Anzeige nach Art. 37 GwG aus bzw. einer Verletzung des strafbewehrten Bankgeheimnisses. Sofern der Financier die gebotene Sorgfalt angewandt hat, aber dennoch keine Geldwäsche vorlag, trägt der Kunde den Schaden. Darüber hinaus obliegt der Kontrollstelle gemäß Art. 21 GwG eine eigene Anzeigepflicht.

Seit Einführung des Gesetzes gingen bis zum 1.9.1998 bei der Zentralstelle in Bern 74 Anzeigen ein. In 49 Fällen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und 175 Mio. SFR wurden "eingefroren". In einem Drittel der Fälle geht es um Anlagebetrug. 80 % der Anzeigen stammen von Banken. Das Personal soll nun von zwei auf zehn Mitarbeiter erhöht werden.²²

f) Sanktionen

Nach Art. 36 GwG kann das Tätigwerden als Finanzintermediär ohne notwendige Bewilligung nach Art. 14 GwG mit bis zu 200.000 SFR geahndet werden. Die Verletzung der Meldepflicht kann ebenfalls mit einer Geldbuße von bis zu 200.000

²² Handelsblatt v. 25./26.9.1998, S. 25.

SFR bestraft werden. Schließlich wird die Mißachtung von Verfügungen der Aufsichtsbehörden oder der Kontrollstelle mit Geldbuße bis zu 50.000 SFR bedroht.

Mit Unterzeichnung der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken verpflichtet sich die jeweilige Bank zur Zahlung einer Konventionalstrafe an die Bankiervereinigung, wenn sie die in der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken enthaltenen Bestimmungen nicht einhält. Die Strafe kann nach Art. 11 VSB bis zu 10 Mio. SFR betragen. Im Zeitraum von Oktober 1990 bis September 1992 waren insgesamt 19 Verletzungen festgestellt worden. Diese sind mit bis zu 250.000 SFR geahndet worden. Im folgenden Jahr sind zehn Strafen wegen fehlender Identifizierungen und der Irreführung der Behörden durch das Ausstellen falscher Dokumente verhängt worden. Die Strafen betrugen zwischen 2.000 und 200.000 SFR.²³ Im Zeitraum von 1995 bis 1997 wurden von der Aufsichtskommission 13 Konventionalstrafen verhängt, die den Betrag von 10.000 SFR überstiegen. Eine Strafe betrug 500.000 SFR. Bei den Verstößen ist der Bank das Verhalten ihrer Mitarbeiter zuzurechnen.²⁴

Werden die Verpflichtungen der Richtlinien der Eidgenössischen Bankenkommission nicht eingehalten oder beteiligt sich die Bank fahrlässig – damit straflos – an einer Geldwäschetransaktion, dann könnte dies mit dem dafür vorgesehenen bankaufsichtsrechtlichen Instrumentarium sanktioniert werden. Das Verhalten stünde im Widerspruch zur einwandfreien Geschäftstätigkeit bzw. zur angemessenen Verwaltungsorganisation. Darüber hinaus können Verstöße gegen das Geldwäschegesetz und die Vereinbarung über Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken, die der Eidgenössischen Bankenkommission zum Beispiel durch die Bankrevision mitgeteilt wurden, mit aufsichtsrechtlichen Maßnahmen geahndet werden. Die entsprechende Kompetenz ist quasi deklaratorisch in Art. 12, 16 GwG niedergelegt.

2. Strafrecht

Ursprünglich war die strafrechtliche Erfassung der Geldwäsche seit 1986 in ein umfassendes Reformprogramm zur Revision des Strafgesetzbuchs eingebunden, doch wurde die Geldwäschegesetzgebung nach Bekanntwerden der Libanon-Connection 1988 aus dem Reformpaket herausgetrennt und in einem unüblich schnellen Gesetzgebungsverfahren zwei neue Straftatbestände – Art. 305bis und 305ter StGB-CH – geschaffen, die am 1.8.1990 in Kraft getreten sind.

a) Der Grundtatbestand

Der ebenfalls unter die Rechtspflegedelikte eingeordnete Art. 305bis StGB-CH ähnelt dem deutschen § 261 StGB; allerdings sind die materiellen Anforderungen an die Vortaten einfacher ausgestaltet. Der Tatbestand enthält keinen enumerativen Vorstrafenkatalog, sondern setzt eine Vortat voraus, die nach schweizerischem Recht als "Verbrechen" zu qualifizieren ist.²⁵ Die Beweisprobleme dürften in der Schweiz

²³ KÖNDGEN, JOHANNES: *Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der "Geldwäsche"*. in: ZBB 1992, S. 66 ff..

²⁴ Tätigkeit der Aufsichtskommission 1995-1997, S. 33.

²⁵ ACKERMANN: a.a.O., S. 220 ff. Zu berücksichtigen ist bei einem Vergleich allerdings, daß der schweizerische Begriff des "Verbrechens" wesentlich weiter ist als der deutsche.

allerdings in zugespitzter Form auftreten, da der überwiegende und gewichtigere Anteil der Schweizer Fälle an im Ausland begangene Vordelikte anknüpft.²⁶

aa) Tathandlungen

Tathandlung ist jede Handlung, "die geeignet ist, die Ermittlung der Herkunft, die Auffindung oder die Einziehung von Vermögenswerten zu vereiteln." Da es sich um ein abstraktes Gefährdungsdelikt handelt, entfällt die Schwierigkeit des Nachweises einer effektiven Vereitelung oder Gefährdung, wie sie im deutschen Recht nach § 261 Abs. 1 StGB erforderlich ist. Außerdem ist die Frage, welche Handlungen abstrakt als geeignet zur Vereitelung zu gelten haben, gerade im Bankbereich für eine Vielzahl von Standardkonstellationen ungeklärt, für den scheinbar einfachen Fall der Bareinzahlung auf ein Konto ebenso wie für den Fall der Ausführung einer Überweisung oder Barauszahlung.

Ganz abgesehen davon, daß die Einzahlung auf ein Konto trotz der damit verbundenen abstrakten Gefährdung aus der Sicht der Strafverfolgungsbehörden durchaus vorteilhaft sein könnte, weil erst durch sie die gewünschte "paper trail" entsteht, ist es im Fall der Ausführung eines Überweisungsauftrags recht schwer, Beispiele zu bilden, bei denen nicht zumindest auf irgendeine Weise die Auffindung der Werte erschwert wird. Als besonders riskant – und daher abstrakt geeignet, die Einziehung zu vereiteln – ist jede Form der Barauszahlung einzustufen, und zwar selbst dann, wenn sie mit dem Abbruch der Geschäftsbeziehung einhergeht, den die EBK-Richtlinie als Option bei Verdacht anbietet.²⁷

Die spezielle Frage, ob der Geldwäschetatbestand auch durch Unterlassen zu verwirklichen ist, wird meist mit dem Hinweis auf fehlende Garantenpflichten verneint. Dem ist zuzustimmen, soweit Sorgfaltspflichten auf der Basis von Ständerecht oder Verwaltungspraxis nicht die erforderliche Garantenstellung zu begründen vermögen. Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß auch der schweizerische Geldwäschereitatbestand objektiv so weit gefaßt ist, daß nahezu alle Bankgeschäfte ein strafrechtliches Risiko in sich tragen. Die Ausgrenzung nicht strafbarer Fälle wird sich daher wie im deutschen Recht eher an der ebenfalls schwierigen und umstrittenen Vorsatzfrage entscheiden.

Im Ergebnis wird man für den Bankbereich festhalten können, daß der Tatbestand des Art. 305bis StGB-CH ähnlich weit greift wie § 261 StGB: Objektiv kann praktisch jede Banktransaktion als tatbestandsmäßige Handlung interpretiert werden, namentlich die Annahme, die Verwaltung sowie jede Überweisung und Auszahlung von Vermögenswerten. Subjektiv wird die entscheidende Risikoschwelle überschritten, sobald ein begründeter Verdacht vorliegt. Wie im deutschen Recht wirkt der Tatbestand damit als "Fernhaltenorm" und führt zu einer faktischen Anzeigepflicht.²⁸

²⁶ STRATENWERTH, in: Pieth, Mark (Hrsg.): *Bekämpfung der Geldwäscherei. Modellfall Schweiz?* Basel u.a. 1982, S. 106 f.

²⁷ WERNER: a.a.O., S. 290.

²⁸ WERNER: a.a.O., S. 292.

ab) Vorsatz

Hinsichtlich der subjektiven Tatbestandsvoraussetzungen findet sich zumindest formal betrachtet eine deutliche Abweichung vom deutschen Recht: Anders als § 261 StGB kann Art. 305bis StGB-CH nur vorsätzlich verwirklicht werden. Mit der Formulierung "weiß oder annehmen muß" – übernommen aus dem Hehlereitstatbestand Art. 160 StGB-CH – wird nur klargestellt, daß Eventualvorsatz ausreichend ist. Die Anforderungen an den Vorsatz werden überwiegend nicht besonders hoch angesetzt. Es soll ausreichen, daß der Täter die verbrecherische Herkunft der Vermögenswerte als eine mögliche Variante einkalkuliert und die Handlung dennoch ausführt.²⁹ Bankangestellte, die "deutliche Hinweise" oder einen "klaren Verdacht" auf die verbrecherische Herkunft von Vermögenswerten haben, sind damit schnell dem Vorwurf eventualvorsätzlicher Geldwäsche ausgesetzt. Diese Handhabung des Vorsatzes zeigt eine Annäherung zur groben Fahrlässigkeit, so daß der inhaltliche Unterschied zur deutschen Regelung geringer ist, als der formale Unterschied vermuten läßt.³⁰

ac) Keine Möglichkeit der Strafbefreiung

Ein Unterschied zur deutschen Regelung liegt darin, daß Art. 305bis StGB-CH keine mit § 261 Abs. 9 StGB vergleichbare Strafbefreiungsregelung aufweist. Um das zentrale Ziel einer gesteigerten Anzeigebereitschaft im Finanzbereich zu unterstützen und einen Ausgleich zwischen faktischer Anzeigepflicht und möglicher Selbstbelastung zu schaffen, ist zu überlegen, eine solche Regelung in den schweizerischen Geldwäschetatbestand einzufügen. Freilich sollte die komplizierte und wenig sachgerechte Differenzierung des § 261 Abs. 9 StGB nicht übernommen werden. Die Strafbefreiungsregelung sollte mit Ausnahme der Fälle positiver Kenntnis ohne Einschränkungen zur Anwendung kommen. Auf sorgfaltswidriges Verhalten im Verdachtsfall, insbesondere eine verspätete Anzeige, sollte besser nur aufsichtsrechtlich bzw. verwaltungsstrafrechtlich – z.B. über Art. 14 VE-GwG reagiert werden.

b) Fahrlässige Geldwäsche

Auf die Einbeziehung der grob fahrlässigen Geldwäsche in den Tatbestand des § 305bis StGB-CH ist in der Schweiz nach kontroversen Beratungen bewußt verzichtet worden. Neben systematischen Bedenken war insbesondere das Argument von Gewicht, ein Fahrlässigkeitstatbestand sei mit dem Bestimmtheitsgrundsatz aus Art. 1 StGB-CH nicht zu vereinbaren, weil weder Sorgfaltspflichten noch Sorgfaltsmaßstab feststünden.³¹

Quasi als Ersatz für einen allgemeinen Fahrlässigkeitstatbestand im Rahmen des Art. 305bis StGB-CH hat die Schweiz den weiteren Tatbestand der "Mangelnden

²⁹ Zu möglichen Einschränkungen über das Willenselement des Vorsatzes vgl. Ackermann, a.a.O., S. 287.

³⁰ WERNER, a.a.O., S. 291 f.

³¹ ACKERMANN, a.a.O., S. 92 f.

Sorgfalt bei Geldgeschäften" (Art. 305ter StGB-CH) geschaffen.³² Der Tatbestand ist als abstraktes Gefährdungsdelikt konzipiert. Strafbar ist bereits das schlichte – aber vorsätzliche – Unterlassen der gebotenen Identitätsfeststellung. Der schwierige Nachweis der deliktischen Herkunft der Vermögenswerte ist somit im Rahmen des Art. 305ter StGB-CH nicht erforderlich.

Nicht übersehen werden sollte, daß die Vorschrift gegenüber einem allgemeinen Fahrlässigkeitstatbestand einen deutlich eingeschränkten Anwendungsbereich hat. Zum einen kann Täter nur sein, "wer berufsmäßig fremde Vermögenswerte annimmt, aufbewahrt, anlegen oder übertragen hilft". Art. 305ter StGB-CH ist somit ein auf das Finanzgewerbe zugeschnittenes Sonderdelikt. Zum anderen begründet die Vorschrift keine allgemeine Sorgfaltspflicht für diesen Personenkreis, sondern fordert als speziellen Ausschnitt lediglich die sorgfaltsgemäße Feststellung des jeweils wirtschaftlich Berechtigten.

Nachteilig tritt hinzu, daß die Vorschrift keineswegs das Bestimmtheitsproblem eines allgemeinen Fahrlässigkeitstatbestandes gemeistert hat. Auch bei Art. 305ter StGB-CH ist bislang nicht eindeutig geklärt, welche konkreten Maßnahmen die "nach den Umständen gebotene Sorgfalt zur Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten" gefordert werden. Für den Bankbereich läßt sich diese Frage noch am ehesten beantworten, weil hier zulässigerweise auf tradierte Regeln der VSB und die Aufsichtspraxis der EBK zurückgegriffen werden kann.

Ohne Frage wird allerdings Art. 305ter StGB-CH in seiner pflichtbegründenden Funktion als "ersatzweises Finanzaufsichtsrecht" an Bedeutung verlieren, wenn mit dem geplanten Geldwäschereigesetz für den gesamten Finanzsektor in konkreterer Form Identifizierungspflichten in Kraft treten werden. Auch im Geldwäschereigesetz werden Verstöße gegen Identifizierungspflichten als Verwaltungsstraftaten sanktioniert.

c) Bankgeheimnis und Melderecht

Ebenso wie sein deutsches Pendant gilt das Schweizer Bankgeheimnis im Strafverfahren nicht, d.h. es schützt nicht gegen strafprozessuale Auskunftsverlangen, Durchsuchungen oder Beschlagnahmen. Dem Banker steht auch kein Zeugnisverweigerungsrecht zu.

Der durchgreifende Unterschied besteht jedoch darin, daß das Schweizer Bankgeheimnis strafrechtlich abgesichert ist. Nach Art. 47 BankG ist grundsätzlich jede Weitergabe von Informationen bezüglich eines Bankkunden außerhalb der gesetzlich vorgesehenen Ausnahmen (Art. 47 Ziff. 4 BankG) unter Strafe gestellt. Unklar und umstritten ist aufgrund dieser Regelung, welche strafrechtlichen Folgen an den Fall zu knüpfen sind, bei dem ein Bankangestellter einen Kunden wegen eines Geldwäsche-Verdacht bei der Behörde anzeigt. Formal betrachtet erfüllt ein solches Verhalten den Tatbestand des Art. 47 BankG-CH, weil die vom Bankangestellten ausgehende Meldung nicht "gesetzlich" zugelassen ist. Da die in den Art. 32 bis 34 StGB-CH vorgesehenen Rechtfertigungsgründe die Meldung ebenfalls nicht decken,

³² Die Vorschrift lautet: "Wer berufsmäßig fremde Vermögenswerte annimmt, aufbewahrt, anlegen oder übertragen hilft und es unterläßt, mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt die Identität des wirtschaftlich Berechtigten festzustellen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr, Haft oder Buße bestraft."

muß der Bankangestellte auf die umstrittene Auffassung vertrauen, die hier mit einem übergesetzlichen Rechtfertigungsgrund abhelfen will. Aufgrund der bestehenden Unsicherheiten ist zu begrüßen, daß der Gesetzgeber mit der Einführung eines ausdrücklichen Melderechtes in Art. 305ter Abs. 2 StGB-CH Klarheit geschaffen hat.³³

II. Luxemburg

Die luxemburgischen Banken sind seit Ende 1989 gezwungen, sich an der Bekämpfung der Geldwäsche zu beteiligen. Mit Rundschreiben vom 15.11.1989 dokumentierte das "Institut Monétaire Luxembourgeois" damals Sorgfaltspflichten, deren Mißachtung zur Bestrafung wegen fahrlässiger Geldwäsche führen kann.

1. Regelungsumfang

Regelungen zur Geldwäsche finden sich in Luxemburg in Art. 8 – 1 des Gesetzes vom 7.7.1989³⁴, im Gesetz vom 11.08.1998³⁵, das eine Reihe von Straftatbeständen formuliert, und in Art. 38 bis 40 BankG.³⁶ Anders als in der Bundesrepublik wurde zur Umsetzung der EG-Geldwäscherichtlinie kein eigenes Gesetz geschaffen, sondern die Bestimmungen zur Bekämpfung der Geldwäsche in das Bankaufsichtsrecht integriert. Es hält sich an den Richtlinienentwurf wesentlich enger als das Geldwäschegesetz und geht nicht über dessen Anforderungen hinaus. Das Rundschreiben vom November 1989 wurde von einem Rundschreiben des "Institut Monétaire Luxembourgeois" vom 25.11.1994 abgelöst, das die gesetzlichen Pflichten präzisiert.

2. Die Regelungen im einzelnen

Adressat der aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche sind nach Art. 38 Abs. 1 BankG Banken und andere Gewerbetreibende auf dem Gebiet des Finanzwesens. Dazu zählen z.B. Kreditinstitute, Finanzinstitute, Vermögensverwalter und Geldwechsler. Die Bestimmungen gelten auch für Niederlassungen und Zweigstellen im Ausland sowie Tochtergesellschaften, wenn daran eine qualifizierte Beteiligung besteht. Geldwäsche ist in diesem Zusammenhang jede Handlung, die der Verheimlichung, der Verschleierung, dem Erwerb, dem Besitz, dem Gebrauch, der Anlage, der Verwahrung oder dem Transfer von Erlösen aus Verbrechen oder Vergehen dient, die das Gesetz als taugliche Vortat einer Geldwäsche ansieht. Dies waren bis zum 10.9.1998 nur bestimmte Verstöße gegen das Gesetz vom 19.2.1973 über den Verkauf von Medikamenten und den Kampf gegen die Drogensucht; 1998 wurde der Vortatenkatalog erheblich erweitert, so daß nun alle Straftaten dazu gehören, die mit Freiheitsstrafe bedroht sind, außerdem Straftaten krimineller

³³ WERNER: a.a.O., S. 294.

³⁴ Art. 8 - 1 des Gesetzes vom 7.7.1989 zur Änderung des Gesetzes vom 17.2.1973 bezüglich des Verkaufs von Medikamenten und den Kampf gegen die Drogensucht, SB. A 1989, Nr. 50, S. 923.

³⁵ Loi du 11 août 1998 portant introduction de l'incrimination des organisations criminelles et de l'infraction de blanchiment au code pénal, Abl A 1998, S. 1455.

³⁶ Art. 38-40 des Gesetzes für den Finanzsektor vom 5.4.1993, BankG, Abl 1993, S. 461.

Vereinigungen, Korruptionsstraftaten und Verstöße gegen das Waffengesetz, allerdings keine Steuerstraftaten.³⁷

a) Identifizierungspflicht

Bei der Eröffnung eines Kontos für einen neuen Kunden verlangt die luxemburgische Aufsichtsbehörde für den Finanzsektor nicht nur eine Identifizierung, sondern darüber hinaus ein Kennen des Kunden.³⁸ Da die Begründung einer Geschäftsbeziehung in Ansehung der Person geschieht, muß der Kunde beurteilt werden können. Diese Beurteilung muß sich auf Informationen über den Kunden, seine Tätigkeit und das Ziel des angestrebten Geschäfts stützen, weil hierdurch das Risiko begrenzt wird, für Geldwäsche mißbraucht zu werden.

Schon vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes für den Finanzsektor war aufgrund der luxemburgischen Abgabenordnung die Identität des Kunden festzustellen, und aufgrund von Art. 23 des Gesetzes vom 16.5.1891 über den Verlust der auf Inhaber lautenden Inhaberpapiere ist jedermann unabhängig von einer Betragsgrenze zu identifizieren, mit dem die Bank Geschäfte über Inhaberpapiere ausführt. Eine weitere Identifizierungspflicht gilt beim Kauf oder Verkauf von Gold oder Silber, die ebenfalls unabhängig von einer Betragsgrenze eingreift.³⁹

Bereits mit dem Rundschreiben vom 15.11.1989 wurden die Banken verpflichtet, Kunden zu identifizieren, die häufig und in bedeutendem Umfang Bartransaktionen durchführen, insbesondere Käufe und Verkäufe von Edelmetallen und Sorten. Neu am Bankgesetz war lediglich die nun generelle Identifizierungspflicht nach Art. 39 Abs. 2, die dann eingreift, wenn die Höhe der Transaktion den Wert von 500 000 FLux übersteigt, unabhängig davon, ob es sich um ein Geschäft handelt oder um mehrere Einzelgeschäfte, die miteinander in Verbindung zu stehen scheinen. Generell identifiziert werden muß nach Art. 39 Abs. 4 BankG, wenn ein Verdachtsfall vorliegt. Über typische Verdachtsfälle werden die Mitarbeiter durch Schulungen unterrichtet. Reichen die Angaben der Identifizierung oder die Antworten auf zusätzlich gestellte Fragen nicht aus, den Verdacht zu entkräften, muß der Mitarbeiter von der Ausführung der Transaktion Abstand nehmen.⁴⁰

Ausgeschlossen von der Legitimation sind nach Art. 39 Abs. 5 BankG alle diejenigen, die ihre Kunden selbst nach Maßgabe des Gesetzes identifizieren müssen oder einer vergleichbaren Identifizierungspflicht unterliegen. Dazu gehören auch die deutschen Kredit- und Finanzinstitute.

Die Identität natürlicher Personen muß anhand eines amtlichen Ausweispapiers festgestellt werden, während bei juristischen Personen amtliche Dokumente wie Handelsregisterauszug und Satzung der Gesellschaft herangezogen werden. Geht der Kunde einer Tätigkeit auf dem Finanzsektor nach, die die Verwaltung von Geldern Dritter mit einschließt, ist die Kopie der hierzu erforderlichen Zulassung oder die

³⁷ SCHERP: *Internationale Tendenzen der Geldwäschebekämpfung*. in: wistra 1998, S. 81 ff., S. 82.

³⁸ Nach Art. 39 Abs. 1 BankG ist u.a. jedes Kreditinstitut verpflichtet, seine Kunden zu kennen. Jeder Kunde ist anhand eines Ausweispapieres bei der Eröffnung eines Kontos, eines Sparbuchs, eines Depots oder bei Vermietung eines Schließfaches zu identifizieren.

³⁹ FÜLBIER, in: Fülbiel/Aepfelbach: GwG. Länderbericht Luxemburg, Rz. 7 f. mit weiteren Nachweisen.

⁴⁰ FÜLBIER, in: Fülbiel/Aepfelbach: GwG. Länderbericht Luxemburg, Rz. 11.

Notiz, daß eine Zulassung nicht verlangt wird, den Unterlagen beizufügen. Kontoeröffnungen müssen schriftlich von einem Vorgesetzten genehmigt werden, der zu prüfen hat, ob für diesen Kunden ein Konto eröffnet werden soll, und zugleich die Verantwortung für die ordnungsgemäße Identifizierung übernehmen muß. Bei brieflicher Kontoeröffnung müssen die notwendigen Angaben in den Kontoeröffnungsunterlagen von einer befugten Stelle wie Botschaft, Konsulat oder Notar als richtig bestätigt werden.

Die Identifizierung muß abgeschlossen sein, bevor der Kunde Verfügungen vornehmen darf. Insbesondere ist es den Mitarbeitern nicht gestattet, etwaige Mittel auszuzahlen oder zu überweisen, solange die Identität des Kunden nicht zur vollen Zufriedenheit geklärt ist. Bei einer in Gründung befindlichen Gesellschaft ist es erlaubt, das Konto auf Basis der Identifizierung der Gründer zu eröffnen und einem Notar das Zertifikat über die Sperre der empfangenen Mittel auf dem Konto zuzustellen. Die Identifizierung der Gründer muß mit deren Bestätigung versehen sein, daß sie für eigene Rechnung oder daß sie für andere wirtschaftlich Berechtigte handeln, die von ihnen zu benennen sind. Die Identifizierung und die dazugehörige Dokumentation einer solchen Gesellschaft und ihrer wirtschaftlich Berechtigten müssen sofort nach der Gründung der Gesellschaft vervollständigt werden, bevor der Mitarbeiter Verfügungen über die auf dem Konto befindlichen Mittel zuläßt.⁴¹

Sofern die Kontoeröffnung über ein Kreditinstitut beantragt wird, mit dem ein Kooperationsabkommen besteht, kann dem Antrag Folge geleistet werden, bevor eine neue Identifizierung des Kunden durch dieses Kreditinstitut stattgefunden hat, sofern das eröffnete Konto nur zugunsten des Kundenkontos bei diesem Kreditinstitut belastet werden kann. In Altfällen hat die Bank das Recht, die Identifizierung bei der ersten Gelegenheit nachzuholen, darf aber auf solchen Konten bestehende Guthaben erst freigeben, wenn die Identität geklärt ist. Um eine versehentliche Freigabe von Guthaben noch nicht vollständig identifizierter Kunden zu verhindern, sind innerbetriebliche Maßnahmen zu treffen, um entsprechende Verfügungen auszuschließen. Dem Abschlußprüfer ist eine Liste der Konten zu geben, die noch nicht vollständig identifiziert sind.

b) Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten

Falls Zweifel bestehen, daß der zu Identifizierende auf eigene Rechnung handelt oder wenn Gewißheit über Handeln für Rechnung eines anderen besteht, müssen sich die Kreditinstitute nach Art. 39 Abs. 3 BankG über die Identität des wirtschaftlich Berechtigten Gewißheit verschaffen. Das "Institut Monétaire Luxembourgeois" rät über die gesetzliche Pflicht hinaus, vom Kunden stets eine Erklärung zum wirtschaftlich Berechtigten zu verlangen. Hegt der Mitarbeiter Zweifel, ob sein Kunde für eigene Rechnung handelt, muß er diesen Zweifel ausräumen, indem er vom Kunden eine schriftliche und glaubhafte Erklärung verlangt, daß dieser für eigene Rechnung handelt. Der Zweifel kann nicht durch eine Negativerklärung des Kunden oder Bestätigung eines Dritten ausgeräumt werden. Um Informationen über die Identität des wirtschaftlich Berechtigten zu erlangen, sind angemessene Maßnahmen zu ergreifen.

⁴¹ FÜLBIER, in: Fülbiel/Aepfelbach: GwG. Länderbericht Luxemburg, Rz. 24.

Es gibt auch keine Ausnahme für bestimmte Berufsgruppen wie etwa Rechtsanwälte oder Notare. Kann der Mitarbeiter seine Zweifel nicht beseitigen, muß er von einer Geschäftsverbindung mit diesem Kunden Abstand nehmen.

Ein abweichend wirtschaftlich Berechtigter ist stets zu identifizieren. Eine Ausnahme besteht nur dann, wenn der Kontoinhaber selbst einer Pflicht zur Identifizierung seiner Kunden nach dem Bankgesetz unterliegt. Das "Institut Monétaire Luxembourgeois" empfiehlt, sich in jedem Fall ein Schreiben des wirtschaftlich Berechtigten vorlegen zu lassen, in dem die Angaben des Kunden belegt werden. Teilweise verlangen die luxemburgischen Institute, daß ihnen ein direktes Herantreten an den wirtschaftlich Berechtigten ermöglicht wird.⁴²

c) Erhöhte Aufmerksamkeit

Bei verdächtigen Transaktionen sind die Adressaten des Gesetzes gemäß Art. 39 Abs. 7 BankG verpflichtet, das Geschäft mit besonderer Aufmerksamkeit zu prüfen. In diesem sehr vage formulierten Punkt ist das Rundschreiben des "Institut Monétaire Luxembourgeois" eine Auslegungshilfe. Danach liegt eine auffällige Transaktion zum Beispiel dann vor, wenn das Geschäft in keinem Verhältnis zur kommerziellen Tätigkeit des Kunden steht. Sofern die Nachfrage beim Kunden zufriedenstellend ist, greifen keine weiteren Verpflichtungen; andernfalls ist die Transaktion nicht auszuführen oder anzuzeigen.⁴³

d) Aufzeichnung und Auskunftsrecht

Die Unterlagen und Angaben bezüglich der Identifizierung müssen mindestens fünf Jahre aufbewahrt werden, wobei die Frist erst dann beginnt, wenn die Geschäftsbeziehung beendet wird. Daten bezüglich der Transaktionen sind gemäß Art. 39 Abs. 6 BankG mindestens fünf Jahre aufzubewahren, gerechnet ab Ausführung des Geschäfts.

Die Kreditinstitute haben nach Art. 40 Abs. 1 und 2 BankG gegenüber den zuständigen Behörden Auskünfte zu erteilen. Diese dürfen die eingeholten Informationen gemäß Art. 40 Abs. 2 Satz 3 BankG ausschließlich zur Bekämpfung der Geldwäsche verwerten. Die aufzubewahrenden Unterlagen zur Identifizierung eines Kunden müssen die vom Kunden unterzeichnete Kontoeröffnung, eine Kopie der zur Identifizierung erforderlichen amtlichen Dokumente und Unterlagen zur Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten umfassen.

e) Anzeigepflicht

Die Anzeigepflicht lehnt sich nahezu wörtlich an die EG-Vorgabe an.⁴⁴ Nach Art. 40 Abs. 2 BankG ist die Staatsanwaltschaft über Tatsachen zu unterrichten, die Indiz für eine Geldwäsche sein könnten. Damit sind die Geschäftsvorfälle gemeint, die in Deutschland als "Verdachtsfälle" bezeichnet werden. Hinsichtlich des Gegenstandes

⁴² SCHERP: a.a.O., S. 82.

⁴³ FÜLBIER, in: Fülbiel/Aepfelbach: GwG. Länderbericht Luxemburg, Rz. 34.

⁴⁴ Art. 6 Abs. 1 RL 91/308/EWG.

der Anzeigepflicht besteht also kein Unterschied zum deutschen Recht. Ein Unterschied besteht aber, wenn es um den Umgang mit verdächtigen Geschäften geht. Das verdächtige Geschäft darf erst ausgeführt werden, wenn die Staatsanwaltschaft dies nach Erstattung der Anzeige durch die Bank erlaubt oder der zweite Werktag nach dem Abgangstag der Anzeige verstrichen ist. In Luxemburg läßt sich der Gesetzestext jedoch so auslegen, daß die Transaktion nur so lange nicht ausgeführt werden darf, wie keine Anzeige abgegeben wurde. Das Geschäft könnte gemäß Art. 40 Abs. 3 BankG also sofort ausgeführt werden, nachdem die Staatsanwaltschaft informiert wurde. Diese Möglichkeit wird durch ein Rundschreiben des "Parquet du Tribunal D'Arrondissement" vom 12.05.1993 eingeschränkt, wonach mit der Anzeige wie in Frankreich die Frist anzugeben ist, innerhalb derer das Geschäft auszuführen ist. Die Staatsanwaltschaft wird in dringenden Fällen kurzfristig telefonisch, spätestens jedoch am folgenden Werktag mitteilen, wie mit der Transaktion zu verfahren ist. Der luxemburgische Banker käme deshalb nicht wie der deutsche in Begründungsnöte gegenüber Kunden, weil sich die Ausführung des Geschäfts wegen der Wartezeit verzögert. Der Geldwäscher würde nicht durch eine Verzögerung vorgewarnt.

Diese im Vergleich zum deutschen Recht schon erheblich erleichterte Stillhaltepflicht entfällt – wie in Deutschland – vollends, wenn es sich um einen Eilfall handelt. In diesen Fällen ist die Anzeige nachträglich zu erstatten. In der Gesetzesbegründung wird diese Ausnahmeregelung für Eilgeschäfte in Anlehnung an die EG-Richtlinie damit begründet, daß die Nichtausführung oder die Verzögerung bestimmter eiliger Transaktionen bis zur Abgabe der Meldung an die Staatsanwaltschaft den Kunden warnen und auf die Anzeige aufmerksam machen würde.⁴⁵ Ohne diese Ausnahmeregelung käme der Bankangestellte stets in Konflikt mit der Vorschrift, derzufolge die Unterrichtung des Kunden über die Abgabe der Anzeige – auch durch konkludentes Handeln – verboten ist. Mit dieser Begründung wird zugleich definiert, was unter Eilgeschäften zu verstehen ist, nämlich jedes Geschäft, bei dem eine Verzögerung der Ausführung den Kunden skeptisch werden ließe. Das trifft z.B. auf alle Bargeschäfte zu.

Die Anzeige soll nach Art. 40 Abs. 2 BankG durch den Geldwäschereibeauftragten erfolgen, der nach Art. 41 Abs. 6 BankG bei Vornahme einer Anzeige an die luxemburgischen Strafverfolgungsbehörden nicht gegen die Verpflichtung zur Wahrung des Bankgeheimnisses verstößt. Die Kunden dürfen über die Abgabe der Anzeige nicht informiert werden; die Verwertung der Daten ist auf die Bekämpfung der Geldwäsche beschränkt.⁴⁶

f) Interne Sicherungsmaßnahmen

Das Rundschreiben des "Institut Monétaire Luxembourgeois" vom 25.11.1994⁴⁷ empfiehlt allen Finanzgewerbetreibenden, einen Geschäftsführer als Geldwäschebeauftragten zu stellen. Der Name des Geldwäschebeauftragten sowie desjenigen, der

⁴⁵ Begründung zum Gesetzentwurf vom 27.2.1992 zu Art. 40, Abs. 3, S. 8, bezüglich des Finanzsektors, Nr. 3600 Chambre des Députés, Session ordinaire 1991-1992 v. 3.4.1992.

⁴⁶ Siehe auch: CARL, DIETER/KLOS, JOACHIM: *Geldwäschegesetz und Datenweitergabe zu Besteuerungszwecken*, in: DSZ 1994, S. 68 ff., S. 73.

⁴⁷ IML. Rundschreiben v. 25.11.1994, Nr. 94/112, S. 5.

gegenüber dem "Parquet" als Ansprechpartner bzw. Auskunftspflichtiger benannt worden ist, sind dem "Institut Monétaire Luxembourgeois" mitzuteilen. Darüber hinaus hat die Bank ein Programm zur Bekämpfung der Geldwäsche zu entwickeln, das die Politik der Bank, einzelne Verfahrensschritte und interne Kontrollmaßnahmen regelt. So müssen interne Grundsätze, Verfahren und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche entwickelt und durchgeführt werden. Dies beinhaltet z.B. die Erstellung eines Verfahrenshandbuchs und einer Geldwäshedokumentation sowie die Entwicklung eines Verfahrens, nach dem die Innenrevision die tatsächliche Einhaltung der Bearbeitungsschritte sowie der Vorschriften des Gesetzes und des Rundschreibens in Bezug auf Geldwäsche kontrolliert. Erforderlich ist weiter ein Programm von Schulungsveranstaltungen, die in regelmäßigen Abständen wiederholt werden und sich insbesondere an diejenigen Angestellten wenden, die direkten Kontakt mit der Kundschaft haben. Sie sollen ihnen helfen, Geldwäschevorgänge zu erkennen und sie über die sich anschließende Vorgehensweise unterrichten. Schließlich sollen noch regelmäßige Informationsveranstaltungen für alle Angestellten stattfinden, die in regelmäßigen Zeitabständen wiederholt werden und die Angestellten über die zu beachtenden Regeln und Verhinderungsmaßnahmen in Sachen Bekämpfung der Geldwäsche auf dem laufenden halten. Über die erstellte Dokumentation zum Arbeitsablauf und zur Schulung und Unterrichtung der Mitarbeiter ist das "Institut Monétaire Luxembourgeois" zu informieren.⁴⁸ Der externe Prüfer ist zu beauftragen, die Einhaltung der Pflichten aus dem Gesetz und dem Rundschreiben des "Institut Monétaire Luxembourgeois" Nr. 94/112 zu prüfen.

g) Sanktionen

Das Bankenaufsichtsrecht sieht, anders als das deutsche Recht, keine speziellen Strafvorschriften für die Mißachtung der in den Art. 38 und 40 BankG enthaltenen Verpflichtungen vor. Es können danach nur die allgemeinen Sanktionen aus Art. 63 und 64 BankG zum Tragen kommen; diese dürften hier aber nur in Ausnahmefällen anzuwenden sein.

Die Verletzung der aufgeführten Sorgfaltspflichten kann aber aufgrund des Art. 8–1 des Gesetzes vom 7.7.1989 bezüglich des Verkaufs von Medikamenten und der Bekämpfung der Drogensucht bzw. des neuen Gesetzes vom 11.8.1998 über die Geldwäsche zu einer Bestrafung wegen fahrlässiger Geldwäsche führen. Diese Strafbestimmungen sind vergleichsweise streng. Nach Art. 8–1 wird mit einer Gefängnisstrafe von einem bis fünf Jahren sowie mit einer Geldstrafe von 5.000 bis zu 50 Mio. FLux oder einer dieser beiden Strafen derjenige bestraft, der wissentlich falsche Nachweise erbracht hat über die Herkunft von Einkünften oder Vermögen eines Täters aus einer der unter Art. 8 des Gesetzes vom 7.7.1989 genannten Straftaten oder dies versucht hat, oder derjenige, der vorsätzlich oder durch Nichtbeachtung seiner beruflichen Pflichten Hilfe zu jedweder Form von Geldanlagen, Verschleierung oder Umwandlung der Gewinne aus einer solchen Straftat gegeben hat.

Somit macht sich schon strafbar, wer unwissentlich durch Mißachtung beruflicher Sorgfaltspflichten zur Geldwäsche beiträgt. Damit greift in Luxemburg ein Fahrlässig-

⁴⁸ FÜLBIER, in: Fülbiel/Aepfelbach: GwG. Länderbericht Luxemburg, Rz. 43 f.

keitstatbestand, der an objektive Kriterien anknüpft und damit strenger ist als der des deutschen § 261 StGB (Leichtfertigkeit). Vor der Verabschiedung des Gesetzes war noch eine Einschränkung des Tatbestands auf grobe Fahrlässigkeit diskutiert worden, doch konnte sich dieser Ansatz nicht durchsetzen.

Die beruflichen Sorgfaltspflichten sind definiert durch das Rundschreiben des "Institut Monétaire Luxembourgeois" vom 25.11.1994 sowie Art. 38–40 BankG. In Luxemburg kann sich ein Banker daher z.B. einer Geldwäsche strafbar machen, wenn er die Identifizierungspflichten nicht befolgt. Er wird bestraft werden, wenn sich nachträglich herausstellt, daß eine mit einer Identifizierungspflicht verbundene Transaktion, die er ohne Legitimationsprüfung ausgeführt hat, einer Geldwäsche diene. Ein solcher Fall käme z.B. ans Licht, wenn ein überführter Geldwäscher geständig ist – ein Vorgang, der sich in den USA häufiger zugetragen hat.

III. Österreich

In Österreich wurden aufgrund des Beitritts in die Europäische Union (EU) am 1.1.1995 zahlreiche Gesetze an das EU-Recht angepaßt. In diesem Rahmen wurde auch die EG-Geldwäscherichtlinie in österreichisches Recht umgesetzt.

1. Überblick

In Österreich wurde der gleiche Weg wie in Luxemburg eingeschlagen. Die Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche sind mit Verabschiedung des Finanzmarktanpassungsgesetzes durch den Nationalrat am 7.7.1993 im Bankaufsichtsrecht, dem Bankwesengesetz, verankert worden. Die Bestimmungen sind zum 1.1.1994 in Kraft getreten.⁴⁹ Sie konkretisieren in § 39 BWG die Pflicht des Bankers, derzufolge die Geschäfte einer Bank mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters i. S. d. § 84 Abs. 1 AktG zu führen sind. Ergänzt werden die aufsichtsrechtlichen Maßnahmen durch den Straftatbestand der Geldwäsche,⁵⁰ der 1993 in Kraft getreten ist. Zuvor hatten sich die Banken freiwillig einer Erklärung zur besonderen Sorgfalt unterworfen, die durch eine Erweiterte Sorgfaltspflichterklärung abgelöst wurde, die am 13.1.1992 in Kraft trat. Diese Maßnahmen erfüllten jedoch noch nicht die EU-Norm. Schwachpunkt war die lückenhafte Identifizierungspflicht.⁵¹ Außerdem war umstritten, ob es sich bei diesen Regeln um rechtlich verbindliche Bestimmungen handelt. Eine generelle Aufhebung der Anonymität von Spareinlagen und Wertpapierdepots war zunächst nicht im Bankwesengesetz vorgesehen. Eine generell geltende Legitimationsprüfung, die dieses Problem hätte lösen können, wurde zwar diskutiert, leider aber wieder verworfen. Es wundert daher nicht, daß diese Praxis als Möglichkeit zur Geldwäsche von der "Financial Action Task Force" (FATF) kritisiert wurde.

⁴⁹ Bankwesengesetz, BWG, BGBl. I 1993, 3903 i.d.F. vom 1.8.1996, BGBl. V. 22.8.1996, 3109, 3133 f.; Klippl, S. 1 ff.

⁵⁰ Strafgesetzbuch, StGB, BGBl. 1993 vom 30.07.1993, 3869.

⁵¹ BOGENSBERGER: *Die Bestrafung der Geldwäscherei – Gefahr oder Chance für die Banken.* in: ÖBA 1992, S. 1049-1058, S. 1055 f.

Österreich ist nach Einschätzung der eigenen Strafverfolgungsbehörden ein Zentrum der Geldwäsche.⁵² Wegen der mangelhaften Umsetzung der EG-Geldwäscherichtlinie ist Anfang Februar 1996 eine schriftliche Aufforderung der EU-Kommission ergangen, anonyme Sparkonten und Depots abzuschaffen. Betroffen sind etwa 26 Mio. anonyme Sparkonten, die auf 8 Mio. "Inländer" zu verteilen wären.⁵³ Am 27.6.1996 hatte die EU-Kommission beschlossen, einen weiteren Warnbrief mit der Aufforderung an Österreich zu adressieren, diesen Mißstand zu beseitigen. Im Oktober 1997 hat die EU-Kommission schließlich Klage vor dem Europäischen Gerichtshof eingereicht.⁵⁴

Bezüglich der anonymen Depots für Inländer hat Österreich inzwischen "eingelenkt". Diese wurden mit Änderung des Bankwesengesetzes zum 1.8.1996 abgeschafft. Schließlich kritisiert die "Financial Action Task Force" die laxe Handhabung der Geldwäschebestimmungen durch Lebensversicherer und Spielbanken. So gelte für Spielbanken keine Verdachtsanzeigepflicht, und Gewinne würden anders als in anderen Ländern häufig in bar ausgezahlt.⁵⁵

2. Die einzelnen Regelungen

a) Identifizierungspflicht

Eine Pflicht zur Identifizierung ist nach § 40 BWG vorgesehen bei der Anknüpfung einer dauernden Geschäftsbeziehung, ausgenommen bei der Eröffnung von Sparbüchern. Seit dem 1.8.1996 ist nach § 40 Abs. 1 BWG eine Identifizierung bei der Eröffnung von Wertpapierdepots erforderlich. Diese Verpflichtung gilt nach § 40 Abs. 5 BWG indes nicht für Altfälle, also Depotkonten, die vor dem 1.8.1996 eröffnet wurden. Nur dann, wenn neue Wertpapiere in ein Altdpot eingeliefert werden, ist eine Identifizierung nachzuholen, um die Verfolgung von Insidergeschäften künftig auch bei vormals anonymen Depots zu ermöglichen.

Der Abverkauf von Wertpapieren aus anonymen Altdpots bleibt unabhängig vom Betrag, also auch bei Überschreitung der 200000 öS-Grenze, anonym ebenso wie die Erneuerung von Kuponbögen, das Inkasso von Kupons und Tilgungserlösen. Bei Vermögensverwaltungsverträgen und Wiederveranlagungsaufträgen gab es eine Übergangsregelung bis zum 1.10.1996. Anfang 1996 soll es auf anonymen österreichischen Depots Wertpapiere im Wert von 300 bis 400 Mrd. öS gegeben haben.

Eine Identifizierungspflicht ist weiter vorgesehen bei Verdachtsfällen und bei allen nicht in den Rahmen einer dauernden Geschäftsbeziehung fallenden Transaktionen, deren Betrag sich auf mindestens 200.000 öS oder den entsprechenden Gegenwert beläuft (einschließlich "Smurfing"); diese Identifizierungspflicht gilt nicht für Transaktionen, die über anonyme Konten getätigt werden. Auch bei der Vornahme von Geschäften nach § 12 Depotgesetz ist eine Identifizierung nach § 40 BWG vorgesehen. Das sind Geschäfte, bei denen Banken Wertpapiere zu anderen Zwecken als zur

⁵² SISK: *Geldwäscherei – Die österreichische Variante*, in: Kriminalistik 1997, S. 169-174, S. 169.

⁵³ SISK: a.a.O., S. 169 f.

⁵⁴ FAZ vom 16.10.1997, S. 33.

⁵⁵ Handelsblatt v. 3.9.1997, S. 27.

Verwaltung anvertraut werden, also z.B. beim Ankauf von Wertpapieren, unabhängig von einer Betragsgrenze.⁵⁶

Mit den zum 1.8.1996 neu geschaffenen Identifizierungspflichten wollte man in erster Linie Insidergeschäften entgegenwirken, erst in zweiter Linie dem Mißbrauch zur Geldwäsche. Zu bemängeln bleibt die Zulässigkeit der Einrichtung anonymer Sparkonten, des anonymen Abverkaufs von Wertpapieren aus Altdepots unabhängig von einer Betragsgrenze und – mit Blick auf Insidergeschäfte – die Vornahme anonymer Tafelgeschäfte (An- und Verkäufe gegen Bargeld). Zwar soll das Finanzministerium in einer nachgereichten Erläuterung zur Neuregelung mitgeteilt haben, daß Effektenkäufe von Kunden am Bankschalter ebenfalls identifizierungspflichtig sind. Aus dem Gesetzeswortlaut ergibt sich dies jedoch nicht. Außerdem wären Effektenverkäufe von Kunden damit nicht erfaßt.⁵⁷

Nach österreichischem Recht ist es weiterhin zulässig, anonym Spareinlagen zu begründen. Nach § 31 Abs. 1, 3 BWG (früher: § 18 KWG) können Spareinlagen, also Einlagen, die nicht dem Zahlungsverkehr dienen, auf den Überbringer lauten. §§ 11 f. Depotgesetz, §§ 1, 40 BWG gestatteten bis zum 1.8.1996 die Eröffnung anonymer Wertpapierkonten. Allein aus diesem Grunde wurde Österreich häufig als Schlupfloch für Geldwäscher bezeichnet.

Mit devisenrechtlicher Kundmachung DL 2/91 hatte sich die Rechtssituation für Ausländer verschlechtert. Die Kundmachung wurde von der Österreichischen Nationalbank erlassen. Sie ist seit dem 4.11.1991 in Kraft. Danach sind Banken und Finanzinstitute verpflichtet, den devisenrechtlichen Status von Kunden zu klären und die Identität des Kunden anhand dazu tauglicher Urkunden festzustellen. Diese Vorschrift greift immer bei Ausländern; bei Inländern soll sie nur dann zum Tragen kommen, wenn diese ein Währungsguthaben begründen. Die Identitätsfeststellung und ihre Grundlagen sind danach zu dokumentieren. Wurde ein Treuhänder oder Vermögensverwalter eingeschaltet, hat dieser den wirtschaftlich Berechtigten anzugeben, wenn es sich dabei um einen Ausländer handelt. Bei Verletzung dieser Verpflichtung droht der Entzug der Bankkonzession nach § 31 Devisengesetz. Die Inländer- bzw. Ausländereigenschaft richtet sich devisenrechtlich nicht nach der Staatsbürgerschaft, sondern danach, ob der Wohnsitz oder der dauernde Aufenthalt im Inland oder im Ausland gelegen ist.⁵⁸ Diese Vorschrift läßt offen, wie der Banker erkennen soll, ob es sich um einen (Devisen-)Ausländer handelt. In einem Artikel von Peter Jobst⁵⁹ vom 14.10.1994 heißt es zu diesem Thema: "Wer partout anonym bleiben will, hat noch einen Ausweg: Er stellt sich bei der Bank als österreichischer Staatsbürger vor". Denn für österreichische Staatsbürger gilt diese einschränkende Regelung noch nicht. Als Mitglied der Europäischen Union wird Österreich keine andere Möglichkeit haben, als die Anonymität aufzuheben.

⁵⁶ Regierungsvorlage vom 21.5.1996, zur Änderung des BWG, 128 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX, GP, S. 3.

⁵⁷ FAZ v. 1.8.1996 = NJW 36/1996, XXXIII.

⁵⁸ SSKA: a.a.O., S. 169.

⁵⁹ JOBST, Wirtschaftswoche Nr. 42 vom 14.10.1994, S. 215.

b) Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten

Nach § 40 Abs. 2 BWG haben Kredit- und Finanzinstitute den Kunden aufzufordern anzugeben, ob er die Geschäftsbeziehung bzw. die Transaktion auf eigene oder fremde Rechnung betreiben will. Wird letzteres bejaht, muß der Kunde die Identität des Treugebers nachweisen. Bei schon bestehenden Konten, die auf fremde Rechnung geführt werden, war der Treugeber gemäß § 103 BWG bis zum 31.12.1994 bekanntzugeben und nachzuweisen.

Im Prüfungsbericht 1997 der "Financial Action Task Force" wird kritisiert, daß dieser gesetzlichen Vorgabe in der Praxis nicht entsprochen wird. Dem halten die österreichischen Banken entgegen, daß es aufgrund von Verfügungen des Finanzministeriums zulässig sei, bei Notaren, Wirtschaftstreuhändern und Rechtsanwälten als Treuhändern auf deren Bestätigung zu vertrauen. Diese sollen lediglich angeben, sie kennen Namen und Anschrift des Kunden, dieser sei Deviseninländer und es läge kein Geldwäscheverdacht vor.⁶⁰ Dies ist nach Maßgabe der EG-Geldwäscherichtlinie unzureichend. Das Institut selbst muß Kenntnis von Name und Adresse des Treugebers haben.⁶¹

c) Aufzeichnung und Verwertung von Daten

Die Daten zur Feststellung der Identität sowie Belege und Aufzeichnungen der Transaktionen sind gemäß § 40 Abs. 3 BWG bis mindestens fünf Jahre nach Beendigung der Geschäftsbeziehung bzw. nach Durchführung der Transaktion aufzubewahren. Die Daten dürfen nur mit den in § 41 Abs. 6 BWG vorgesehenen Einschränkungen verwertet werden. Danach dürfen die Daten nicht in einem ausschließlich wegen der in §§ 33–41 und 49–52 FinStrG geführten Verfahren zum Nachteil des Beschuldigten verwendet werden, im Ergebnis also nur zur Verfolgung der Geldwäsche und nicht zu steuerlichen Zwecken.

Ferner sind die Banken verpflichtet, interne Kontroll- und Mitteilungsverfahren einzuführen. Die Mitarbeiter der Institute sind mit den Bestimmungen zur Bekämpfung der Geldwäsche vertraut zu machen und entsprechend zu schulen. Die Innenrevision hat die Umsetzung der Maßnahmen zu prüfen.

d) Zusammenarbeit mit den Behörden und Anzeigen

Die Erweiterte Sorgfaltspflichterklärung⁶² verlangt von den Banken die Bereitschaft, unter bestimmten Voraussetzungen mit den Behörden zusammen-zuarbeiten. Bei dem Verdacht, daß die Gelder aus krimineller Tätigkeit stammen, war die Bank bis zum 31.12.1993 gehalten, den Kunden abzuweisen oder die Verbindung zu ihm abubrechen.

Zur Zusammenarbeit mit den Behörden verpflichtet in Anlehnung an Art. 6 RL 91/308/EWG seit dem 1.1.1994 auch § 41 Abs. 1 BWG. Danach ist bei begründetem

⁶⁰ Handelsblatt v.3.9.1997, S. 27.

⁶¹ So auch ZEDER: *Treuhanderschaft und Geldwäscherei*. in: NZ 1995, S. 238-248, S. 245 f.; Siska, a.a.O., 169, 171.

⁶² Handelsblatt v. 7.2.1996.

Verdacht, daß eine bereits erfolgte, laufende oder bevorstehende Transaktion der Geldwäsche nach § 165 StGB dient oder der Kunde der Verpflichtung zur Offenlegung von Treuhandbeziehungen zuwiderhandelt, die nach § 6 SPG zuständige Behörde (Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität EDOK)⁶³ zu verständigen und die Durchführung der betroffenen Transaktion grundsätzlich zu unterlassen. Die Kredit- und Finanzinstitute sind berechtigt, von der Behörde zu verlangen, daß diese entscheidet, ob gegen die unverzügliche Abwicklung einer Transaktion Bedenken bestehen; äußert sich die Behörde nicht bis zum Ende des folgenden Bankarbeitstages, so darf die Transaktion unverzüglich abgewickelt werden, § 41 Abs. 1 BWG.

1994 haben österreichische Banken 346 Transaktionen angezeigt. 75 Mio. öS sind aufgrund richterlicher Anordnung eingefroren worden. 1995 sind über 300 Anzeigen erstattet worden. Diese führten zur Beschlagnahme von 376 Mio öS. 1996 waren es 301 Anzeigen. 10 % der Anzeigen betrafen § 165 StGB (Geldwäsche), 9 % § 278 StGB (Kriminelle Organisation) und 7 % andere Straftaten. Eine endgültige Einziehung von Vermögenswerten gab es wegen der geringen Verurteilungsquote nur in 2 % der Fälle. Ein erheblicher Teil der Meldungen, die nicht zur Strafanzeige seitens der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (EDOK) gegenüber der Staatsanwaltschaft führten, betraf Steuervergehen. Diese durften nach § 41 Abs. 6 BWG nicht an Finanzbehörden weitergegeben werden.⁶⁴

Der Kunde und Dritte dürfen gemäß § 41 Abs. 4 BWG nicht von der Anzeige in Kenntnis gesetzt werden. Die Anzeigepflicht befreit gemäß § 41 Abs. 8 BWG zugleich vom österreichischen Bankgeheimnis. § 41 Abs. 7 bestimmt, daß weder das Institut noch dessen Geschäftsleiter oder deren Angestellte für Schäden zur Verantwortung gezogen werden können, die auf die Vornahme einer Anzeige zurückgehen.

e) Sanktionen

Am 1.10.1993 ist in Österreich das "Geldwäschereigesetz" in Kraft getreten.⁶⁵ Damit wurde ein eigener Tatbestand der Geldwäsche geschaffen, der Handlungen unter Strafe stellt, die bisher gem. §§ 165, 278 a StGB als erweiterte Ersatzhehlerei anzusehen waren.. Darin enthalten sind auch Bestimmungen zur Abschöpfung von Vermögenszuwächsen aus Straftaten, §§ 20–20c StGB. Die Regelungen zur Beschlagnahme wurden mit dem Strafrechtsänderungsgesetz neu gefaßt.⁶⁶ Bereits seit 1982 ist es möglich, die meisten als Geldwäscherei einzustufenden Taten als erweiterte Ersatzhehlerei zu bestrafen, vgl. § 164 Abs. 1 StGB. Das Geldwäschereigesetz dient nur der Klarstellung.

Nach dem neuen § 165 StGB (Geldwäscherei) macht sich strafbar, wer den Täter eines Verbrechens nach der Tat dabei unterstützt, Bestandteile seines Vermögens, von denen er weiß, daß sie aus einem Verbrechen herrühren, und deren Wert 100.000 öS übersteigt, zu verbergen oder deren Herkunft zu verschleiern, insbesondere indem er im Rechtsverkehr über den Ursprung oder die wahre Beschaffenheit dieser

⁶³ Dazu BURGSTALLER: *Die neuen Geldwäschedelikte*, in: ÖBA 1994, S. 173 ff. m.w.N.

⁶⁴ Siska: a.a.O., S. 169 f.

⁶⁵ Strafrechtsnovelle 1993, BGBl. Nr. 527/1993, 3869.

⁶⁶ Strafrechtsänderungsgesetz 1996, BGBl. Nr. 762, dazu Siska: a.a.O., S. 169.

Vermögensbestandteile, das Eigentum oder sonstige Rechte an ihnen, die Verfügungsbefugnis über sie, ihre Übertragung oder darüber, wo sie sich befinden, falsche Angaben macht. Die Strafe beträgt nach Abs. 1 bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe oder Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen. Genauso zu bestrafen ist nach Abs. 2, wer wesentlich solche Bestandteile des Tätervermögens an sich bringt, verwahrt, anlegt, verwaltet, umwandelt, verwertet oder einem Dritten überträgt.

Damit ist in Österreich nur die vorsätzliche Geldwäscherei strafbedroht. Bei Taten nach § 165 Abs. 1 StGB genügt Eventualvorsatz. Nach § 165 Abs. 2 StGB kann der Täter nur zur Verantwortung gezogen werden, wenn er von dem illegalen Ursprung der Gelder weiß.⁶⁷ Bei bestimmten Qualifikationen, z.B. wenn der Vermögenswert mehr als 500.000 öS beträgt, ist nach § 165 Abs. 3 StGB eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu verhängen. Denkbar ist darüber hinaus eine Bestrafung nach § 164 StGB (Hehlerei) oder § 278 a StGB (Kriminelle Organisation). Bis zum 28.6.1996 gab es nur zwei Verurteilungen wegen § 165 StGB.⁶⁸

Wie in Deutschland gibt es eine Strafbefreiungsregelung. Nach § 165 a StGB ist nicht zu bestrafen, wer freiwillig und bevor die Behörde von seinem Verschulden erfahren hat, durch Mitteilung an die Behörde oder auf andere Weise eine Geldwäscherei verhindert oder die Sicherstellung wesentlicher Vermögensbestandteile, auf die sich die Geldwäscherei bezogen hat, bewirkt. Die Anzeige ohne Sicherstellung befreit daher nicht von Strafe. Eine anonyme Anzeige soll genügen.⁶⁹ Darüber hinaus kann die Verletzung der Verpflichtungen aus dem Bankwesengesetz zur verwaltungsrechtlichen Strafbarkeit nach diesem Gesetz führen, §§ 98, 99 BWG.⁷⁰

IV. Ungarn

1. Überblick

Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Wende im Jahre 1989 in Ungarn, die verschiedene bedeutende Änderungen in Gang gebracht hat, ist die Situation hier anders als in den anderen bisher erwähnten westeuropäischen Ländern.⁷¹ Es ist eine historische Tatsache, daß das Staatssystem in Ungarn am 23. Oktober 1989 aus einer Volksrepublik zur bürgerlichen demokratischen Republik geworden ist. § 9 der ungarischen Verfassung wurde 1989 modifiziert. Dort heißt es jetzt: „Die Wirtschaft der ungarischen Republik ist die Marktwirtschaft“.

Jedoch können die vergangenen 40 Jahre nicht außer acht gelassen werden, während derer in Ungarn sozialistische Planwirtschaft herrschte. So müssen ihre wirtschaftlichen und rechtlichen Institutionen und Bräuche abgebaut werden, um

⁶⁷ SISKÁ, a.a.O., 169, 172.

⁶⁸ SISKÁ, a.a.O., S. 169, 172.

⁶⁹ BURGSTALLER: a.a.O., S. 173, 179.

⁷⁰ LEWISCH: *Geldwäscher, Geldhäscher und reuige Täter*. in: RdW 1994, S.3-10, 5.

⁷¹ TÓTH, MIHÁLY: *Piacgazdaság és büntetőjog* /Marktwirtschaft und Strafrecht/ in: *Kriminológiai Közlemények* 52. Magyar Kriminológiai Társaság, Budapest 1995.

durch die Veränderung des Eigentums und der Eigentumsstruktur eine moderne Marktwirtschaft zu verwirklichen.⁷²

Es ist offenbar, daß das von einem Tag auf den anderen mit politischer Entscheidung oder Gesetzgebung nicht erreicht werden kann. Die Gesetzgebung der vergangenen Jahre hat die wesentlichen Rechtsinstitutionen ins Leben gerufen und den rechtlichen Rahmen der entstehenden Marktwirtschaft gezeichnet, aber die Wirtschaft ist ein eigenartiges System, das von den Rechtsnormen indirekt beeinflusst wird.⁷³

Durch die Veränderungen hat die Kriminalität in Ungarn in den letzten Jahrzehnten zugenommen, und plötzlich stand das ungarische Strafrecht vor neuen, bisher unbekannten kriminalistischen Problemen. So eine neue Erscheinung ist auch das Delikt der Geldwäsche.⁷⁴

Der Systemwechsel kam auch für das ungarische Strafrecht ein bißchen unerwartet. Die Praxis der Gesetzgebung und der Rechtsanwendung der wirtschaftlichen Straftaten war Anfang der 90er Jahre als ruhiges, laues stehendes Wasser zu charakterisieren.⁷⁵ Die Subjekte der Wirtschaft haben sich jedoch geändert, die Tatverhalten haben sich umgestaltet, und vor allem hat sich der gefährdete Interessenkreis der wirtschaftlichen Straftaten geändert.⁷⁶

Diese relativ schnell ablaufende Entwicklung hat im Strafrecht die Streichung zahlreicher überholter Sachverhalte, das Konstruieren neuer Straftaten und auch die Modernisierung bestimmter Sachverhalte unerlässlich gemacht. Daneben ist als wesentlicher Gesetzgebungsverlauf zu bewerten, daß die im Hintergrund der strafrechtlichen Normen stehenden wichtigeren wirtschaftlichen Rechtsnormen (z.B.: das Gesellschaftsgesetz, das Konkursgesetz, das Geldinstitutsgesetz, das Buchführungsgesetz oder die neuen Rechtsnormen über den Konsumentenschutz und über die Devisen (Wertpapiere, Zoll) festgelegt und angenommen wurden.⁷⁷

Während weniger Jahre verdoppelte sich die Zahl der unter Kapitel XVII gehörenden Straftaten. Die vier wichtigsten Novellen, die das Kapitel XVII umformuliert haben, sind:

1. Das Gesetz XVII von 1993
2. Das Gesetz IX von 1994
3. Das Gesetz LII von 1996
4. Das Gesetz LXXIII von 1997

Das geltende Gesetz zählt die wirtschaftlichen Straftaten unter dem Kapitel XVII in 4 Titeln auf:

- a) Titel: Straftaten gegen die wirtschaftlichen Verpflichtungen und gegen die Ordnung der Wirtschaft
- b) Titel: Geld- und Markenfälschung

⁷² OROSZ, BALÁZS: *Piacgazdaság és a gazdasági bűncselekmények* /Marktwirtschaft und die wirtschaftlichen Straftaten/ in: *Kriminológiai Közlemények* 52.

⁷³ Lit. 2. OROSZ: a.a.O.

⁷⁴ TÓTH: a.a.O.

⁷⁵ TÓTH: a.a.O.

⁷⁶ OROSZ: a.a.O.

⁷⁷ ERDÖSY/FÖLDVÁRI/TÓTH: *Magyar Büntetőjog, Különös rész.* /Ungarisches Strafrecht, Besonderer Teil/ Budapest 1998. Kapitel XVII: Die wirtschaftlichen Straftaten, geschrieben von Dr. Tóth, Mihály.

- c) Titel: Finanzielle Straftaten
- d) Verschiedene Anordnungen⁷⁸

Die ungarischen Gesetzgeber haben sich durch die politischen und wirtschaftlichen Änderungen 1994 entschlossen, die Geldwäsche zu bekämpfen. Der § 23 des Gesetzes IX von 1994 hat statt des § 303 des StGB-H – der Gefährdung der öffentlichen Versorgung – einen neuen Sachverhaltstext mit dem Titel „Geldwäsche“ bestimmt. Die Geldwäsche gehört zum Titel I.⁷⁹

Mit dem Einfügen der Geldwäsche ins ungarische Strafrechtsgesetzbuch hat Ungarn seine internationale Verpflichtung erfüllt, da Ungarn der europäischen Konvention über die Vorbeugung und die Bekämpfung der Geldwäsche beigetreten ist.⁸⁰ Die wichtigsten Hintergrundnormen der Straftat sind das Gesetz XXIV von 1994 über die Vorbeugung hinsichtlich der Geldwäsche und die Regierungsverordnung 74/1994 (10.05.) über die Vollziehung des Gesetzes.⁸¹

In Ungarn werden die Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche aufgrund des zukünftigen Beitritts in die Europäische Union (EU) an das EU-Recht angepaßt. So muß in der Zukunft auch die EG-Geldwäscherichtlinie in ungarisches Recht umgesetzt werden.

2. Die einzelnen Regelungen⁸²

Der Titel und der Text der Straftat wurden mit dem § 23 des Gesetzes Nr. IX von 1994 als Tatbestand der Geldwäsche in das ungarische Strafgesetzbuch (StGB-H) – anstatt der Straftat der Gefährdung der Versorgung – zum 15. Mai 1994 integriert. Später wurde es mit § 45 des Gesetzes Nr. LXXII zum 15. September 1997 ergänzt bzw. geändert. Absatz 3 a) wurde dadurch durch das Tatverhalten als Mitglied einer kriminellen Organisation ergänzt.

Der Begriff der Geldwäsche bedeutet die Tätigkeit, die die Identität des illegal erworbenen Geldes verändert und als aus legaler Quelle stammendes Geld erscheinen läßt.⁸³

Es gibt 3 Phasen: die Anlegung, die Verbergung und das Integrieren. Das Bargeld sichert Anonymität bei zahlreichen Formen der organisierten Kriminalität, es ist insbesondere gewöhnliches Zwischenmittel des Rauschgifthandels, des Waffenhandels und des Terrorismus. Die Erklärung der Geldwäsche zum Verbrechen wird auch durch internationale Verpflichtungen im Hinblick auf die aus Mißbrauch von Rauschgiften stammenden materiellen Güter begründet. (Die Straßburger Empfehlung 1980, die Wiener Konvention 1988, das Abkommen des Europarates 1990, die Richtlinien des Europarates 1991)

⁷⁸ ERDÖSY/FÖLDVÁRI/TÓTH: a.a.O.

⁷⁹ KERESZTY, BÉLA: *A pénzmosás /Die Geldwäsche/* in: Magyar Jog 1995/2.

⁸⁰ ERDÖSY/FÖLDVÁRI/TÓTH: a.a.O.

⁸¹ ERDÖSY/FÖLDVÁRI/TÓTH: a.a.O.

⁸² Die Begründung des geltenden Strafrechtsgesetzbuches.

⁸³ VIDÉKINÉ, FARKAS ANIKÓ: *Über die Geldwäsche /A pénzmosásról/* (Ügyészek Lapja 1995/2.)

a) Das Rechtsobjekt

Das Rechtsobjekt der Straftat ist das Interesse an der rechtmäßigen Funktion der Geldinstitute und an der Effektivität des Kampfes gegen die organisierte Kriminalität.

Um diese Zwecke zu verwirklichen, wurde das Gesetz Nr. XXIV von 1994 über das Vorbeugen und die Verhinderung der Geldwäsche geschaffen. Zweck dieses Gesetzes ist, dem regelmäßig über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgendem Reinwaschen von aus Straftatungen stammenden Geldmitteln entgegenzuwirken. Das Tatobjekt der Straftat sind solche materiellen Güter, die aus dem Begehen der im Gesetz bestimmten Straftaten stammen.

Der Begriff der materiellen Güter wird vom Gesetz nicht bestimmt, so daß das Strafrecht ihren im allgemeinen angenommenen ökonomischen Sinn anwenden muß. Nach diesen sind die materiellen Güter gewöhnlich die der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dienenden, materialisierten, in sachlicher Form erscheinenden, über Wert verfügenden beweglichen und unbeweglichen Sachen, aber auch Vermögensrechte.

b) Das Tatverhalten

Das Tatverhalten ist im Grundfall die Verbergung der materiellen Güter. Die Arten der Verbergung werden von den Punkten a) und b) des Absatzes 1 bestimmt. Nach diesen

- a) verheimlicht oder verschleiert der Täter die Herkunft bzw. wahre Natur der im Zusammenhang mit der Straftat entstandenen materiellen Güter
- b) liefert er den Behörden über deren Herkunft bzw. wahre Natur fälschliche Daten und verbirgt diese dadurch.

Der gemeinsame Charakter der im Absatz 1 umschriebenen Formen des Tatverhaltens ist, daß dieses nur in sicherer Kenntnis der Herkunft zu begehen ist. Die Verheimlichung, die Verschleierung, die Lieferung der fälschlichen Daten bedeuten sinngemäß nicht die physische Verbergung der materiellen Güter (wie bei der Hehlerei), sondern verfolgt die Absicht, diese für die Behörden oder andere unerkennbar zu machen. Die Verheimlichung ist im allgemeinen passiv, aber die Verschleierung, die Lieferung der fälschlichen Daten impliziert schon ein aktives Verhalten.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit steht die Bestrebung, daß der Täter den Zusammenhang zwischen den Straftaten und den materiellen Gütern unerkennbar macht.

Der Absatz 2 erweitert das Tatverhalten weiter dadurch, daß er eine Strafe für denjenigen vorschreibt, der die materiellen Güter

- a) für sich oder Dritte erwirbt, nutzt oder verwendet,
- b) verwahrt, verwaltet, verwertet, mit den materiellen Gütern oder deren Gegenwert irgendeine finanziellen oder Bankoperationen ausführt, oder für den Gegenwert andere materielle Güter erwirbt,

wenn ihm die Herkunft der materiellen Güter zum Zeitpunkt der Begehung bekannt war. Die Erwerbung bedeutet die tatsächliche Gewalt über die materiellen Güter, die in einer Form eines formellen Rechtsgeschäfts zustande kommt. Der Rechtstitel, die

Form, die Art der Erwerbung ist gleichgültig. Es kann entgeltlich und unentgeltlich sein, kann wegen eines Vermögensvorteils oder ohne diesen geschehen.

Mit Rücksicht auf die internationale Bekämpfung der Geldwäsche begründen auch die im Ausland nicht von ungarischen Staatsbürgern begangenen Straftaten die Verantwortlichmachung, da die wichtigste Bestrebung der organisierten Kriminalität ist, die auf schuldhaftem Weg erworbenen materiellen Güter aus dem ursprünglichen Herkunftsort in einen Ort umzusiedeln – oft in andere Länder oder Kontinente – wo diese mit kleinerem Risiko relativ leichter rein gewaschen werden können. Das Passieren der Staatsgrenze ist schon fast natürliche Folge der Geldwäsche.

Wichtig ist aber, daß die im Ausland begangenen Straftaten auch nach dem einheimischen Recht als Straftat beurteilt werden sollen. Das folgt auch daraus, daß es sich bei der Vortat um eine mit fünf Jahren Freiheitsstrafe bedrohte Straftat handeln muß. Ein mit der Vortat zusammenhängendes weiteres Problem ist, auf welchem Niveau und in welchem Umfang es notwendig ist, die Straftat zu beweisen, und welche Behörde diese Aufgabe hat. Wenn man annimmt, daß die strafrechtliche Verantwortlichmachung wegen der Vortat nicht die Bedingung des Verfahrens wegen Geldwäsche ist, so muß man auch annehmen, daß die wegen Geldwäsche vorgehende Behörde beweisen muß, daß das Objekt der Geldwäsche im Zusammenhang mit den im Gesetz aufgezählten Straftaten entstanden ist.

Da die Geldwäsche mit der organisierten Kriminalität in engem Zusammenhang ist, können sich die Vortaten, als die Teiltaten des kriminellen Laufs, im strafrechtlichen Sinne nicht in einer geklärten Form melden, mit Qualifizierung, Begehungswert, Tätern, Teilnehmern. Vielmehr scheint es genügend, die Tatsache der Straftat, ihres Geschehens oder den Beweis ihrer fortlaufenden Existenz festzustellen, bis sich der Akzent auf den Zusammenhang zwischen der Straftat und den materiellen Gütern verlagert.

Jeder beliebige Zusammenhang ist möglich. So gehören in diesen Bereich die aus der Straftat direkt stammenden materiellen Güter, Geldeinnahmen, die für das Begehen der Straftat erhaltenen Summen, illegale Einkommen oder die durch Straftat hergestellten materiellen Güter oder die an deren Stelle tretenden Werte. Mit Rücksicht auf den akzessorischen Charakter der Straftat ist Bedingung, daß die Güter im Zusammenhang mit den im Gesetz aufgezählten Straftaten entstanden sind.

In der Praxis beschränkt dieses Kriterium das Tatobjekt auf das Bargeld und die Wertpapiere. Die Eigenheit der Regelung der Straftat ist, daß sie die Vortaten bestimmt, aus denen oder im Zusammenhang mit denen die materiellen Güter entstanden sein müssen.

Nach dem Absatz 1 gehören zu diesem Kreis die Straftaten, die mit einer Freiheitsstrafe von 5 oder mehr als 5 Jahren bedroht sind (StGB-H § 218), außerdem Bestechung (StGB-H § 250-§ 256), in internationaler Beziehung begangene Bestechung (StGB-H § 258/B.) Mißbrauch mit Rauschgiften (§ 282) oder die Verletzung der internationalen Verpflichtung (StGB-H § 261/A.)

Wie die Aufzählung zeigt, gibt es keinen Unterschied zwischen den Grundfällen und den erschwerten Fällen der Straftaten; deshalb war es notwendig, die vier Straftaten konkret zu benennen, weil in ihren Fällen der Strafsatz entweder des Grundfalles oder der Vorbereitung die 5 Jahre nicht erreicht.

Wie die formulierten Voraussetzungen zeigen, hat es keine Bedeutung, durch wen, wann, wo und wie die Vortaten begangen wurden und es hat nicht einmal eine Bedeutung, ob die strafrechtliche Verantwortlichmachung wegen des Begehens der Vortaten vorliegt oder nicht und wenn nicht, warum dies so ist. Die Aufzählung ist abschließend, aber mit den Änderungen der Strafrechtsnormen können natürlich auch die Voraussetzungen geändert werden.

Weitere wichtige Bedingung ist, daß die Vortaten nicht von der wegen Geldwäsche verantwortlich gemachten Person begangen worden ist, sondern von einem anderen. Der andere kann jeder sein, bekannte und verantwortlich gemachte oder auch unbekannte Personen. Im Hinblick auf die Geldwäsche ist nicht der Täter und seine Verantwortlichmachung, sondern das Geschehen der aufgezählten Straftaten von Bedeutung.

Die Nutzung und die Verwendung unterscheiden sich von einander dadurch, daß die materiellen Güter bei der Verwendung in ihrem herkömmlichen Zustand erlöschen, verbraucht werden. Es ist keine Bedingung, daß anderes an die Stelle der verbrauchten materiellen Güter tritt. Die Verwendung der materiellen Güter kann auch die Ausgleichung einer Schuld, die Gründung einer Stiftung, die Versenkung usw. sein.

Die Verwahrung bedeutet den physischen Besitz der materiellen Güter und der Rechtstitel. Die Form des in Besitz Kommens ist gleichgültig, und auch, ob die Verwahrung als Gegenleistung oder unentgeltlich geschieht. Die Verwaltung ist jede regelmäßige oder wiederkehrende Tätigkeit der Erhaltung der Substanz oder des Zustandes.

Die Verwertung bedeutet, daß die aus der Straftat stammenden materiellen Güter entgeltlich veräußert werden. In der Praxis ist der an die Stelle der materiellen Güter tretende Gegenwert schwer erkennbar, und es ist schwer, diesen in Zusammenhang mit den im Absatz 1 aufgezählten Straftaten zu bringen. Der Zweck der Verwertung ist eben das Erschweren der Entdeckung Zusammenhanges und der Erkennbarkeit, selbst unter Inkaufnahme eines bedeutendem Verlusts.

Zur Ausführung irgendwelcher finanziellen oder Bankoperationen können verschiedene finanzielle Investitionen, finanzielle Dienstleistungen, eventuell die Gründung finanzieller Institute gehören. Der gemeinsame Charakter der finanziellen und Bankoperationen ist, daß ihr Zweck in erster Linie nicht die Gewinnorientierung, sondern das Legalisieren der materiellen Güter oder des durch die Verwertung an deren Stelle tretender Gegenwertes ist.

Schließlich umfaßt die Erwerbung anderer materieller Güter alle Tätigkeiten, durch deren Ergebnis der herkömmliche Gegenstand in anderer Form und aus anderer Quelle erscheint. Hierzu kann der Tausch oder der Erwerb von Anteilen gehören.

Bei allen Begehungsformen ist Bedingung die Kenntnis der kriminellen Herkunft der materiellen Güter zu dem Zeitpunkt der Begehung. Wenn der damit in Beziehung kommende Täter die Herkunft der materiellen Güter erst später kennenlernt, so kann dieser für seine vorangehende Begehung nicht, aber für die weiteren Tathandlungen schon als Täter verantwortlich sein. Wenn der Täter die schuldhafte Herkunft nach der

Erwerbung kennenlernt, dann kann er z.B. für die Verwahrung, die Verwendung die strafrechtliche Verantwortung tragen.⁸⁴

Die Tatverhalten können in der Praxis nicht zu sehr getrennt werden, da die im allgemeinen verbale Verheimlichung der materiellen Güter und die damit zusammenhängende – im allgemeinen in einer rechtsgeschäftlich erscheinenden Form – verbundenen Aktivitäten einander überlappen. Das der Verbergung folgende weitere Verhalten kann dann nur im Bereich der Strafzumessung berücksichtigt werden.

c) Das Subjekt der Straftat

Das Subjekt des Verbrechens kann irgendwer sein, der als Täter oder als Mittäter an der Begehung der im Absatz 1 aufgezählten Straftaten nicht teilgenommen hat. Aber der Täter der Vortat kann später der Anstifter oder der Gehilfe des Täters der Geldwäsche. So kann der Anstifter oder der Gehilfe des Täters der Vortat der Täter oder der Teilnehmer des Täters der Geldwäsche sein.

d) Die schwereren Fälle

Der Absatz 3 sieht eine schwerere Bestrafung vor für den Fall, daß der Täter die Geldwäsche

- a) gewerbsmäßig oder als Mitglied einer kriminellen Organisation
- b) als Amtsträger oder Angestellter von Geldinstituten, Wertpapier-Vertreibern, Verwaltern von Investmentfonds, Versicherungsanstalten oder sich mit der Organisierung von Glücksspielen beschäftigenden Organisationen,
- c) als Amtsperson,
- d) als Rechtsanwalt

begeht.

Der Begriff der Gewerbsmäßigkeit wird im Punkt 8 des § 137 des StGB-H geregelt: wer Strafen von ähnlichem Charakter begeht, um regelmäßigen Eigennutz zu gewinnen. Der Begriff ist ohne Änderung so anzuwenden, daß der Kreis der Straftaten von ähnlichem Charakter von der gerichtlichen Praxis ausgebildet werden soll.

Der Begriff der kriminellen Organisation im Punkt 7. des § 137 des StGB-H bestimmt, daß diese eine zur fortlaufenden Begehung von Verbrechen zustande gekommene – auf Arbeitsteilung ruhende – kriminelle Vereinigung ist, deren Zweck es ist, regelmäßigen Eigennutz zu gewinnen. Die Definition bezieht sich eindeutig auf die Organisiertheit (auf Arbeitsteilung ruhende kriminelle Vereinigung) und die Geschäftsmäßigkeit (regelmäßiger Eigennutz).

Der Begriff des Geldinstitutes wurde früher vom Gesetz LXIX von 1991 über die Geldinstitute und die Geldinstitutstätigkeit bestimmt, und so wurde dieser in den Sachverhalt als qualifizierter Umstand integriert.

Das zur Zeit geltende Gesetz LXIX von 1991 über die Kreditanstalten und die finanziellen Unternehmen (KfU) hat die Terminologie des Gesetzes LXIX von 1991 nicht mehr übernommen, im Absatz (1) des § 4 hat dieses den Begriff der finanziellen

⁸⁴ BARDÓCZ, CSABA: *Pénzmosási technikák* /Geldwäschantechiken/ in: Belügyi Szemle 1997/3.

Institution bestimmt als den zusammenfassenden Begriff der Kreditanstalt und des finanziellen Unternehmens. Unter Geldinstitut sind sinngemäß den geltenden Hintergrundnormen entsprechend die finanziellen Institution zu verstehen: Diese Kreditanstalten können nach dem KfU die Bank, die spezialisierte Kreditanstalt oder die genossenschaftliche Kreditanstalt (Spar-, bzw. Kreditgenossenschaften) sein. Das finanzielle Unternehmen kann in Form von Aktiengesellschaften oder Genossenschaften funktionieren und muß über ein eingezahltes gezeichnetes Kapital von wenigstens 20 Millionen Forint verfügen.

Die Definition des Wertpapier-Vertreibers hat der Punkt f.) des § 3 des Gesetzes VI von 1990 enthalten, und dieser Definition entsprechend wurde es unter die qualifizierten Umstände integriert. Das seitdem in Kraft getretene Gesetz CXI von 1996 über die Vertreibung (Begebung) der Wertpapiere, die Investitionsleistungen und die Wertpapierbörse (VWIW) hat das vorige Gesetz außer Kraft gesetzt und die vorige Abfassung nicht übernommen, sondern hat einen organisatorischen Rahmen unter dem Titel: Investitionsunternehmen (§ 7 des VWIW) bestimmt. Dementsprechend ist unter dem Wertpapiervertreiber das Investitionsunternehmen, die Aktiengesellschaft – die ausschließlich über Namensaktien verfügt – oder die Zweigniederlassung zu verstehen.

Der Begriff des Verwalters von Investmentfonds wird vom Punkt f) des § 3 des Gesetzes LXIII von 1991 über die Investmentfonds bestimmt, wonach der Fondsverwalter die Genossenschaft mit beschränkter Haftung oder die Aktiengesellschaft, die ausschließlich über Namensaktien verfügt, ist, die im Besitz der im Gesetz abgefaßten Erlaubnis eine Tätigkeit der Verwaltung von Investmentfonds führt, während derer sie den ausgeschriebenen Investmentprinzipien entsprechend Investmentfonds bildet, und um den möglichst größten erreichbaren Gewinn zu sichern, das nach den ausgeschriebenen Investmentprinzipien richtende – nach eigener Entscheidung entstehende – Kaufgeschäft mit bestimmten Mittelelementen (Wertpapieren oder Immobilien) macht oder machen läßt.

Die Versicherungsanstalt kann nach dem Gesetz XCLVI von 1995 über die Versicherungsanstalten und die Versicherungstätigkeiten als Versicherungsgesellschaft, Genossenschaft oder Verein nach der Erlaubnis der Versicherungsaufsicht funktionieren.

Die sich mit der Organisation von Glücksspielen beschäftigende Organisation kann nach der Erlaubnis der Glücksspielaufsicht entsprechend dem Gesetz XXXIV von 1991 über die Organisation von Glücksspielen die Konzessionsgesellschaft, die wirtschaftliche Gesellschaft, Organisation oder Person sein, die zur Ausübung der staatlichen Spielorganisations- und liberalisierter Tätigkeit gegründet wurde.

Jeder Amtsträger oder jeder Angestellter der Versicherungsanstalt oder der sich mit der Organisation von Glücksspielen beschäftigenden Organisation kann die schwerere Qualifizierung verwirklichen. Der Begriff der Amtsperson wird vom 1. Punkt des § 13 7 des StGB-H bestimmt. Der Rechtsanwalt kann seine Tätigkeit als Einzelrechtsanwalt oder als Mitglieder eines Rechtsanwaltsbüro nach dem Gesetz XI von 1998 führen.

Die schwerere Qualifizierung nach dem Absatz (2) wird nicht begründet, wenn die aufgezählten Institute und Organisationen nicht nach den entsprechenden Rechtsnormen gegründet worden sind und sie eine rechtswidrige Tätigkeit ausüben.

e) Die absichtliche Versäumung der Meldepflicht

Der Absatz 4 bestraft die absichtliche Versäumung der im Gesetz vorgeschriebenen Meldepflicht. Die Hintergrundnorm des Sachverhaltes ist das vom Parlament am 22. März 1994 angenommene Gesetz XXIV von 1994 über das Vorbeugen und die Verhinderung der Geldwäsche (in den weiteren: G.) und die Regierungsverordnung Nr. 74/1994 (V.10.) Korm. über die Durchführung des Gesetzes XXIV vom Jahre 1994 über das Vorbeugen und die Verhinderung der Geldwäsche.

Das Gesetz XXIV von 1994 schreibt die Pflicht der Kundenidentifizierung und die Meldepflicht für die unter die Geltung des Gesetzes gehörenden Organe und Personen vor. Die zwei Tätigkeiten hängen miteinander eng darin zusammen, daß die Meldepflicht der Kundenidentifizierung folgt und die strafrechtliche Verantwortung nur die Versäumung der Meldepflicht begründen kann.

Nach dem Absatz 1 des § 2 des Gesetzes XXIV von 1994 darf die Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen darf einen mit einer in Forint oder ausländischer Währung erfolgende Geldeinzahlung bzw. Auszahlung in einer zwei Millionen Forint erreichenden oder überschreitenden Höhe einhergehenden geschäftlichen Auftrag ausschließlich von einem solchen Kunden akzeptieren, der seine Identität ausweisende Dokumente der Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen vorzeigt und dessen Identifizierung die Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen verrichtet.

Wenn der Kunde eine Rechtsperson oder eine andere Organisation ist, ist in ihrem Namen oder aufgrund ihres Auftrages außer der Feststellung der Personenidentität der handelnden Person auch die Identifizierung der Rechtsperson bzw. der anderen Organisation durchzuführen. Es ist keine Identifizierung durchzuführen, wenn die Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen die Rechtsperson bzw. andere Organisation im Zusammenhang mit einem anderen Geschäft schon identifiziert hat. (Absatz 2 des § 2 des Gesetzes XXIV von 1994].

Absatz 1 des § 3 besagt: Sollten sich auf Geldwäsche hinweisende Daten, Tatsachen oder Umstände ergeben, ist die in § 1 Punkt b) bestimmte Person (der Führer der Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen und ihr Angestellter) verpflichtet, unverzüglich

a) den Kunden ohne Rücksicht auf die in § 2 bestimmte Wertgrenze zu identifizieren und

b) über den Verdacht der Geldwäsche der in Absatz 2 bestimmten Person eine Meldung zu erstatten.

Die Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen ist – abhängig von der Eigenheit der Organisation – verpflichtet, eine oder mehrere Personen zu bestimmen, die die von den Angestellten eingegangene Meldung der Landespolizeioberhauptmannschaft (im weiteren: ORFK) unverzüglich weiterleiten.

Die Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen sowie ihre Führer und Angestellten sowie die innerhalb der Organisation für die Übermittlung der von den Angestellten kommenden Meldungen ernannte Person dürfen über die Erfüllung der Meldungspflicht, deren Inhalt und die anmeldende Person keiner dritten Person oder Organisation Auskunft erteilen.

Nach dem Absatz 2 des § 4 des Gesetzes XXIV von 1994 gilt: Die Erfüllung der Meldepflicht kann nicht als Verstoß gegen das Bank-, Versicherungs- oder Geschäfts-

geheimnis oder ein Verstoß gegen eine andere, sei es auf einer Rechtsnorm oder in einem Vertrag beruhende Beschränkung hinsichtlich der Auslieferung von Daten und Informationen angesehen werden.

Damit zusammenhängend bestimmt der Punkt d) des § 118 des Gesetzes CXI von 1996 über die Wertpapiere die obligatorische Datenlieferung, indem es bestimmt, daß das Investment, die Börse und das Verrechnungshaus auf das schriftliche Ersuchen der Ermittlungsbehörde, des nationalen Sicherheitsdienstes und der Staatsanwaltschaft verpflichtet ist, die gewünschten Angaben über das von diesen abgewickelte Geschäft und über das bei diesen geführte Konto unverzüglich herauszugeben, wenn sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß das Geschäft oder das Konto mit Geldwäsche im Zusammenhang steht. Die gleichen Bestimmungen enthält der Punkt d) des § 52 des Gesetzes CXII von 1996.

Für den Fall der Erfüllung der Meldepflicht gewährt der § 300/B Strafflosigkeit, Er bestimmt, daß nicht strafbar wegen Verletzung des Geschäftsgeheimnisses und des Bankgeheimnisses ist, wer im Fall der im § 303 bestimmten Geldwäsche seiner Meldepflicht nachkommt oder diese veranlaßt, auch, wenn er eine unbegründete Anzeige gutgläubig erstattet.

Der Absatz 2 des § 5 des Gesetzes stellt einen Schutz gegen die Umgehung der Vorschriften des Geheimnisschutzes auf. Er schreibt vor, daß die ORFK die aufgrund des § 3 erhaltene Information – ausgenommen des Strafverfahrens, das wegen anderer Straftat begonnen wurde – ausschließlich zum Zweck der Bekämpfung gegen die Geldwäsche verwenden kann und verpflichtet ist, die Informationen enthaltenden Daten 10 Jahre zu aufzubewahren.

Aus der rechtlichen Regelung erscheinend ist das Ausbleiben der Klientenidentifizierung keine Straftat, aber die Meldepflicht ohne Rücksicht auf die Wertgrenze verpflichtet den Leiter und den Angestellten der Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen.

Die Regelung der Meldepflicht bestimmt praktisch auch den Kreis der Subjekte. Subjekt der Geldwäsche nach dem Absatz 4 in der Qualität des Täters kann nur sein, wen die gesetzliche Vorschrift der Meldepflicht betrifft.

Nach dem § 1 des Gesetzes fallen unter die Gehung des Gesetzes:

a) die nach dem Punkt c) des § 685 des ungarischen Bürgerlichen Gesetzbuches bestehenden Wirtschaftsorgane, die auf dem Gebiet der Ungarischen Republik eine Geldinstitut-, Geldverkehrvermittlungs-, Versicherungs-, Versicherungssachberater-, Wertpapierverkehrs-, Spielkasinobetreiber- oder Investmentfondsverwahrungs-Tätigkeit ausüben, ebenso die freiwillige Versicherungskasse (in den weiteren zusammen: Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen) und die Klienten dieser Organisationen,

b) der Leiter und der Angestellte der Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen

Die Meldepflicht belastet die Angestellten nicht direkt, da nach der schon bekannten Regelung [Absatz 2 des § 3 des Gesetzes XXIV von 1994] gilt: Die Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen ist – abhängig von der Eigenheit der Organisation – verpflichtet, eine oder mehrere Personen zu bestimmen, die die von den Angestellten eingegangene Anmeldung der Landespolizeioberhauptmannschaft (im weiteren: ORFK) unverzüglich weiterleiten.

Der § 4 der damit zusammenhängenden Regierungsverordnung Nr. 74/1994 (V. 10.) Korm. über die Durchführung des Gesetzes XXIV vom Jahre 1994 über das

Vorbeugen und die Verhinderung der Geldwäsche sagt aus: Die interne Verfahrensordnung der Erfüllung der im Gesetz vorgeschriebenen Anmeldepflicht ist so zu gestalten, daß die in § 3 Absatz 2 des Gesetzes angegebene Person (im weiteren: die verantwortliche Person) oder der in der Ordnung bestellte Vertreter den Angestellten der Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen während der Dauer des täglichen Betriebes der Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen ständig zur Verfügung stehe und die Anmeldung der ORFK unverzüglich weitergeben kann.

Die verantwortliche Person ist verpflichtet, ihre Anmeldung auf dem in der Ordnung vorgeschriebenen Vordruck an die ORFK – bei Beachtung der Vorschriften hinsichtlich des Schutzes von Geheimnissen der auf die Dienstleistungsorgane für Finanzwesen bezüglichen Rechtsnormen – persönlich oder auf dem Wege der Zustellung per Post vorzunehmen oder, wenn Gefahr im Verzug ist, vorhergehend per Telefon mit der Mitteilung der entsprechenden Daten des Vordruckes.

f) Fahrlässige Versäumung der Meldepflicht

Der Absatz 5 bestraft die fahrlässige Form der Versäumung der im Absatz 4 erwähnten, sich auf die Geldwäsche beziehende Meldepflicht. Im Fall des Absatzes 4 kann also die Schuld vorsätzlich (absichtlich) oder auch fahrlässig sein. Der Vorsatz aus Mangel an Absicht und Motiv kann Eventualdolus oder Directdolus sein, während die Fahrlässigkeit bewußt und auch nachlässig sein kann. Die Versäumung der gehörigen Vorsicht kommt am meisten vor.

Bei der Prüfung der Fahrlässigkeit ist nicht zu vergessen, daß der Täter, der Initiator der Meldung, den Verdacht der Geldwäsche erkennen muß. Die Verpflichtungen belasten auch die Dienstleistungsorganisation.

Der Absatz 1 des § 6 des Gesetzes XXIV von 1994 schreibt vor, daß die Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen verpflichtet ist,

a) im Interesse der Verhinderung der Bank- oder Geldoperationen, die die Geldwäsche möglich machen bzw. verwirklichen, ein internes Kontroll- und Informationssystem, das die Identifizierung der Kunden fördert, in Betrieb zu halten sowie

b) dafür zu sorgen, daß ihre Angestellten die Verfügungen der Rechtsnorm bezüglich der Strafhandlung der Geldwäsche kennenlernen, die Bank- oder Geldoperationen, die die Geldwäsche möglich machen bzw. verwirklichen, erkennen lernen und in Fällen, die einen Grund zum Verdacht der Geldwäsche ergeben, entsprechend vorgehen können.

Es ist eine unzweifelhafte Tatsache, daß die Erkennung des Verdachtes der Geldwäsche und die Nichterfüllung der Verpflichtung der Belehrung miteinander nicht unbedingt zusammenhängen, aber die Prüfung der Zumutbarkeit beginnt auf jeden Fall mit der Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtung der Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen.

Die im Absatz 4 vorgeschriebene Begehung hat keinen qualifizierten Fall, da der Absatz 3 die Geldwäsche qualifiziert, aber im Fall des Absatzes 4 begeht der Täter nicht die Geldwäsche, sondern er nimmt die Geldwäsche wahr und meldet sie nicht; so ist die schwerere Qualifizierung begrifflich ausgeschlossen.

g) Strafausschließungsgrund

Der Absatz 6 formuliert einen Strafausschließungsgrund für den Fall, daß der Täter bei der Behörde freiwillig Anzeige erstattet oder diese Anzeige veranlaßt, vorausgesetzt, daß die Tat noch nicht oder nur zum Teil entdeckt wurde.

Der Grund des Strafausschließungsgrundes ist, daß die Aufdeckung wegen der außerordentlichen Gesellschaftsgefährlichkeit der Geldwäsche ein größeres Interesse hat als die Bestrafung des Täters, andererseits die Entdeckung der Geldwäsche auch zur Aufdeckung der Vortat Hilfe leisten kann.

Der Absatz 6 erwähnt die freiwillige Anzeige eigener Art, beziehungsweise solche Veranlassung erwähnt. Davon muß man die Folgerung ziehen, daß die nachträgliche Anzeige nur das im 1. und 2. Absatz geregelte Tatverhalten betrifft, da der Täter des Absatzes 4 nicht wegen der Begehung der Geldwäsche, sondern wegen der Nichtmeldung der Geldwäsche zu bestrafen ist, andererseits muß der im Absatz 4 geschriebene Täter bei späterer Überlegung keine Anzeige erstatten, sondern er muß seiner gesetzlichen Verpflichtung entsprechend der von der Dienstleistungsorganisation für Finanzwesen bestimmten Person Meldung erstatten. Für die im Absatz 4 geschriebenen Personen ist es nicht notwendig, die im Absatz 6 geschriebene Strafflosigkeit zu gewähren, da, wenn er die wahrgenommene Geldwäsche nicht anmeldet, seine Verantwortlichmachung obligatorisch ist, wenn er aber die wahrgenommene Geldwäsche doch anmeldet, ist er wegen der im Gesetz vorgeschriebenen Erfüllung der Meldepflicht nicht zu bestrafen.

h) Tateinheit und Tatmehrheit

Die Geldwäsche ist eine Straftat eigener Art, die sich bemüht, das Reinwaschen des aus eventuell in verschiedenen Ländern begangenen, aus verschiedenen Straftaten stammenden, im Zusammenhang mit diesen stammenden Kapitals zu behindern beziehungsweise mit Strafe androht.

Am Anfang gestaltet sich das Kapital aus als durch schmale Kanäle sehr gering fließende Bäche hin zum wogenden Strom, um dann weit von den Quellen, in anderen Ländern oder auf einem anderen Erdteil reingewaschen zu werden. In der Mehrheit der Fälle ist es schon unmöglich, festzustellen, welcher Teil aus welcher Straftat stammt, aber das ist nicht notwendig. Die Geldwäsche ist ein Vorgang, währenddessen entweder sich die aus den einzelnen Straftaten stammenden Summen zusammensetzen, oder aus einer Straftat stammende größere Summen sich in mehrere Teile trennen, um nicht aufzufallen. Unter solchen Umständen ist weder die Mehrfachtat noch die Kontinuierlichkeit zu bestimmen.

Die Geldwäsche regelt grundsätzlich die gleichen Verhaltensweisen wie die Hehlerei oder die sachliche Begünstigung, so können sich auch praktische Abgrenzungsprobleme ergeben, wenn sich diese Straftaten treffen, um so mehr, da alle drei Straftaten akzessorisch sind und im Zusammenhang mit der Verbergung, Erwerbung, Veräußerung des aus der Grund- oder Vortat stammenden Vorteiles stehen. Die Geldwäsche betrifft im Verhältnis zur allgemeinen Regelung der Begünstigung das konkretere Tatverhalten, so bildet sie eine spezielle Tat. Der Begünstiger handelt im Interesse des Täters der Grundtat, die die Sicherung des Vorteiles, beziehungsweise die

Beteiligung an der Sicherung auch zeigt, dagegen kann der Täter der Geldwäsche sowohl im eigenen Interesse als auch im Interesse einer dritten Person handeln.

Unter solchen Umständen ist ausschließlich die Geldwäsche zu bestimmen, aber natürlich ist die Bestimmung der an die Geldwäsche anknüpfenden Begünstigung nicht ausgeschlossen. Obwohl die Geldwäsche und die Hehlerei viele ähnliche Merkmale haben, sind sie auch an mehreren Punkten streng abzugrenzen. Bei der Hehlerei zählt das Gesetz abschließend die 9 Verhaltensweisen auf, durch die die Straftat verwirklicht wird. Bei der Geldwäsche sind die Vortaten nicht abschließend formuliert, und mit der Ausnahme der im Sachverhalt beschriebenen Straftaten ist nur das angedrohte Strafmaß für die Vortat entscheidend.

Der Täter der Hehlerei handelt wegen eines Vermögensvorteils. Bei der Geldwäsche braucht man keine Absicht zu haben, und das Gesetz verlangt nicht einmal ein Motiv. Schließlich kann das Tatobjekt der Hehlerei ausschließlich eine Sache sein, aber die Geldwäsche umfaßt einen weiteren Kreis der im Zusammenhang mit den Straftaten entstandenen materiellen Güter. Dementsprechend ist mit Rücksicht auf die scheinbare Idealkonkurrenz ausschließlich das Verbrechen der speziellen Geldwäsche festzustellen.

RAPHAELA MOGILKA

A PÉNZMOSÁS ELLENI HARC EURÓPA EGYES
ORSZÁGAIBAN

(Összefoglalás)

Pénzmosás alatt azt a kifejezést értjük, amelyet ma már idézőjel nélkül írunk, azt a többrétű jogellenes cselekményt, amelynek során az illegálisan szerzett jövedelmeket az érdekeltek „tisztára mossák“, azaz olyan pénzügyi tranzakciókba fektetik, minek eredményeként legális(nak tűnő) pénz jön létre. A téma kidolgozásának fontosságát és aktualitását nemcsak az a körülmény adja, hogy az alvilágból származó, döbbenetes nagyságú összegek felett rendelkezők elleni harc főként jogi eszközökkel zajlik, hanem az is, hogy Magyarország is mindinkább része annak a térségnek Európában, ahol számolni kell a pénzmosási technikák jelenlétével és terjedésével, és számba kell venni a rendelkezésre álló jogi eszközöket.

A német szerző azokat a legnagyobb európai „pénzmosodákat“ tekinti át, amelyek legalább részben, a német nyelvi és jogi illetékesség területeihez tartoznak. Munkájának legértékesebb vonatkozása a komparatív megközelítés, melynek során Magyarországot is bevonja a vizsgálódásba. A svájci szabályozás tüzetes vizsgálata azért különösen tanulságos, mert ez az ország közismerten bankjaiból él, márpedig a pénzmosási technikák kitüntetett helye a bankszektor. Svájc mellett Luxemburg, Ausztria és Magyarország szerepel még a tanulmány elemzési körében.

A dolgozat dogmatikai szempontból tekinti át a kidolgozott témakört, ami azt jelenti, hogy elsősorban a jogi szabályozás analizisét adja. Részletesen szól (általában országonként) az azonosítási kötelezettségről, a gazdasági jogosultságról, a bejelentési jogról és kötelezettségről, valamint általában a szankciókról. Mivel a téma jellegénél fogva megkerülhetetlenül büntetőjogi vonatkozású, számos elemzés szól a tényállás-szerüségről, a szándékosság és a gondatlanság problematikájáról, valamint a banktitok kérdéseiről. A szankciók országonkénti eltérése arra is rámutat, hogy nemcsak a megközelítésben, hanem a levont konzekvenciákban is megállapíthatók bizonyos eltérések, jóllehet a pénzmosás elleni harc fontosságát minden állam hangsúlyozza.